

Kurzmeldungen 01/19

Stickoxid-Diskussion

In der TV-Sendung „Hart aber fair“ vom 21.1.19 behauptete der Lungenarzt Dieter Köhler, daß die die Emissionsgrenzwerte in Europa völlig überzogen seien. Er kritisierte, daß die Richtwerte aus Studien der 1980er und 90er Jahren stammen und behauptete, daß neuere Studien auf falschen Grundlagen basieren würden. Raucher würden die vielfache Feinstaub- und Stickoxidmenge aufnehmen als Anwohner einer vielbefahrenen Straße und nicht sofort sterben.

Dann präsentierte Dieter Köhler eine Initiative, die von 107 Lungenärzten unterschrieben wurde und zur Kritik an den Grenzwerten für Feinstaub und Stickoxiden aufrief. Wie „LobbyControl“ herausfand, wurde diese Stellungnahme von vier Autoren geschrieben: Dieter Köhler, Martin Hetzel (beide Lungenärzte), Matthias Klingner (Fraunhofer-Institut für Verkehr) und Thomas Koch (KIT, früher über 10 Jahre Daimler AG). Thomas Koch rechtfertigte in einem Fachartikel bereits früher mit seltsamen Vergleichen die Betrügereien der Motorentwickler.

(<https://www.giesserei.eu/magazin/fachartikel/2018/die-verlogene-dieseldebatte/>)

oder (https://www.helmholtz.de/luftfahrt_raumfahrt_und_verkehr/wie-schmutzig-ist-der-diesel-wirklich/ oder <https://www.firmenauto.de/motorenexperte-prof-dr-thomas-koch-kit-der-diesel-ist-besser-als-man-denkt-10152772.html>)

Und der Verkehrswissenschaftler Matthias Klingner hat in der DNN bereits den Rauchervergleich angebracht und behauptet, daß man Feinstaub, Stickoxide und Kohlendioxid nicht gleichzeitig minimieren könne. Damit habe nun der Staat Schuld an den hohen Stickoxidwerten und die Gesundheitsgefahren seien aufgebauscht worden.

(<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Professor-stoesst-in-Debatte-um-Grenzwerte-fuer-Luftschadstoffe-auf-Widerspruch2>) und (<https://www.welt.de/wirtschaft/article168046704/Die-Loesung-fuer-das-Diesel-Problem-koennte-so-einfach-sein.html>)

Ähnliche Angriffe auf die EU-Stickoxidgrenzwerte behauptete bereits Prof. Kekulé von der Uniklinik Halle in der „Zeit“ vom 7.11.18.

Das sind Wissenschaftler die als Lobbyisten der Autoindustrie vor der Europawahl agieren. Die Angabe zu den Autoren fehlen in der veröffentlichten Stellungnahme der Lungenärzte, die die wissenschaftliche Begründbarkeit der aktuellen Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub in der Luft in Zweifel zieht. Sie tauchen aber in der Unterschriftenliste der Personen auf, „die der Stellungnahme uneingeschränkt zustimmen“.

Weitere Quellen:

Ärzteblatt <https://www.aerzteblatt.de/archiv/196641/Dieselmotoremissionen-Eine-Gefahr-fuer-die-Gesundheit>

Faktencheck <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/faktencheck/faktencheck-308.html>

FAZ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/hart-aber-fair-plasberg-ueber-diesel-und-fahrverbote-16001529.html>

UBA <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#textpart-1>

UBA https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/pdfs/faq_nox.pdf

Prof. Hoffmann <https://www.rbb24.de/politik/thema/2017/abgasalarm/beitraege/interview-umweltmedizinerin-barbara-hoffmann.html>

Prof. Hoffmann https://www.deutschlandfunk.de/streit-um-autoabgase-umweltmedizinerin-widerspricht.697.de.html?dram:article_id=439103

Prof. Künzli https://www.deutschlandfunk.de/lungenfachaerzte-gegen-feinstaubgrenzwerte.676.de.html?dram:article_id=439257

LobbyControl <https://www.lobbycontrol.de/2019/01/initiative-von-lungenaerzten-stammt-auch-von-einem-frueheren-daimler-mitarbeiter/>

Nachrüstungen von Euro-4 und 5-Dieselfahrzeugen

Auf Unions-Wunsch kommt die Umtausch-Prämie, auf SPD-Wunsch die Hardware-Nachrüstung. Besitzer älterer Diesel sollen dazwischen wählen können. Das gilt aber nicht überall.

Angeboten werden sollen die beiden Optionen in 14 "besonders betroffenen Städte" mit hohen Grenzwertüberschreitungen bei der Luftbelastung mit Stickstoffdioxid (NO₂): München, Stuttgart, Köln, Reutlingen, Düren, Hamburg, Limburg an der Lahn, Düsseldorf, Kiel, Heilbronn, Backnang, Darmstadt, Bochum und Ludwigsburg. Zum anderen geht es um weitere Städte, in denen demnächst Fahrverbote kommen könnten - dies betrifft unter anderem Frankfurt am Main und Aachen.

Davon profitieren sollen auch Bewohner "angrenzender Landkreise" sowie Menschen, die aus beruflichen Gründen in die genannten Städte pendeln. Auch soziale Härtefälle sollen bedacht werden. Nach Angaben von Scheuer und Schulze soll es bei der Prämie keine Rolle spielen, ob ein Neu- oder ein Gebrauchtwagen gekauft wird - und ob das dann wieder ein Diesel ist oder eine andere Antriebsart.

Wenn Besitzer eine solche Hardware-Nachrüstung wollen und solche Systeme verfügbar und geeignet sind, erwartet der Bund "vom jeweiligen Automobilhersteller, dass er die Kosten hierfür einschließlich des Einbaus übernimmt", heißt es in dem Konzept. Die Haftung sollen die Nachrüstfirmen übernehmen.

Nun werde aber gesetzlich klar geregelt, welche Grenzwerte beim Schadstoffausstoß Diesel-Autos haben müssten, um trotz der Verbote weiter in die Stadt fahren zu dürfen. Festgelegt wurde ein Grenzwert von 270 Milligramm Stickoxid pro gefahrenem Kilometer. Um zu überwachen, dass keine Autos mit schlechteren Werten in die Verbotszonen fahren, sollen die Verkehrsüberwachungsbehörden auf die Daten des zentralen Fahrzeugregisters zugreifen können. Ein System mit Plaketten, das lange diskutiert worden war, wolle man weder im Umwelt- noch im Verkehrsministerium, sagte Schulze.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/dieselstreit-koalition-103.html> 2.10.18

Prof. Koch befürchtet Schäden durch Euro 6-Nachrüstung

Lassen sich alte Diesel per Hardware-Nachrüstung zum Super-Sauber-Euro-6 upgraden? Der bekannteste System-Anbieter Twintec sagt ja. Der Karlsruher Motorenbau-Professor Thomas Koch hält nun dagegen: Eine Hardware-Nachrüstung alter Dieselaautos sei unsinnig. Bei Nachrüstlösungen "kann man die Uhr danach stellen, bis sich in der Flotte Systemausfälle einstellen", erklärte Koch gegenüber der dpa. Betroffen seien sicherheitsrelevante Teile, das elektrische Bordnetz, der Partikelfilter und vieles mehr. Den Stickoxid-Ausstoß durch Nachrüst-SCR-Katalysatoren mit Harnstofftanks zu senken, mache die Autos schlechter und sei keine seriöse Lösung.

Der ADAC sieht das anders: Laut dem Autofahrer-Club könnten in ein Dutzend Modellreihen mit Euro-5- Dieselmotoren nachträglich Euro-6-SCR-Katalysatoren eingebaut werden, weil der erforderliche Bauraum vorhanden sei. Der Leiter des ADAC-Technikzentrums Landshut, Reinhard Kolke, erklärte gegenüber der "Süddeutschen Zeitung": "Diese Abgasreinigungssysteme liegen also im Ersatzteilregal, sind zugelassen und können verbaut werden, weil sie auf die Automodelle angepasst wurden."

Quelle: dpa, <https://www.motor-talk.de/news/professor-befuerchtet-schaeden-durch-euro-6-nachruetzung-t6148595.html> 23.09.17

Der Europäische Verteidigungsfonds

Im Juni hat die EU-Kommission den Entwurf einer Verordnung für die Einrichtung des EVF vorgestellt. 13 Milliarden Euro sollen demnach in den Jahren 2021 bis 2027 in den Topf fließen - unter anderem für Forschungsprojekte und die Entwicklung neuer Waffensysteme, darunter die Euro-Drohne, ein Kampfjet der nächsten Generation oder ein deutsch-französischer Kampfpanzer.

Im November stimmten die EU-Mitgliedsländer dem Vorhaben "in seiner allgemeinen Ausrichtung" weitgehend zu. Laut einem Gutachten, das der Bremer Rechtswissenschaftler Andreas Fischer-Lescano im Auftrag der Linksfraktion im EU-Parlament verfasst hat, verstößt der Verteidigungsfonds gegen EU-Recht, denn der Lissaboner EU-Vertrag verbiete die Finanzierung militärischer oder verteidigungspolitischer Projekte aus dem Gemeinschaftshaushalt.

Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ruestung-eu-verteidigungsfonds-laut-gutachten-illegal-a-1242792.html>

Rückzug der US-Truppen aus Syrien

Die militärischen Ziele der Intervention in Syrien reichen von der Bekämpfung des syrischen Präsidenten Assads und des IS bis zur Zurückdrängung des Irans in Syrien. Neben den offiziell 2000 US-Soldaten und etwa der gleichen Menge an Söldnern von privaten Sicherheitsfirmen hatte das US-Außenministerium Wiederaufbauhilfe geleistet. Die US-geführte "Kleine Syriengruppe" plante im Januar 2018 aus den Gebieten östlich des Euphrat eine eigene Provinz "Ost-Euphrat-Region" zu entwickeln, die bei den Genfer Gesprächen Mitspracherecht erhalten sollte. Die "Kleine Syriengruppe" bestand damals aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Jordanien und Saudi-Arabien. Inzwischen gehören auch Deutschland und Ägypten dazu. Doch US-Präsident Trump lehnte eine Verlängerung des US-Einsatzes in Syrien um weitere zwei Jahre ab. Der Rücktritt von Verteidigungsminister Jim Mattis einen Tag nach der Abzugsankündigung durch Präsident Trump zeigt, dass Mattis den Abzug nicht mit trägt. Frankreich ist seit 2016 mit 2000 Soldaten in Syrien vertreten. Auch britische Militäreinheiten sind in den Gebieten östlich des Euphrat und auf der Militärbasis Al Tanf sind britische Elitesoldaten für die Ausbildung und Unterstützung von lokalen Kämpfern im Einsatz. Die Kurden haben eine herbe Enttäuschung zu verkraften. Trump verständigt sich lieber auf einen "Deal" mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Dazu gehört ein 3,5 Milliarden US-Dollar schwerer Rüstungsdeal mit Patriot Raketenabwehrsystemen an die Türkei, die gerade dabei war, das ähnliche Flugabwehrsystem S-400 aus Russland zu kaufen. Am Freitag sprachen Ilham Ahmad und Riad Darar, die beiden Vorsitzenden des Syrischen Demokratischen Rates, der Demokratischen Föderation Nordsyrien, im Elysee Palast in Paris vor, um von Frankreich militärische Unterstützung gegen den von Erdogan angekündigten Angriff zu erhalten. Trump drohte der Türkei für diesen Fall mit wirtschaftlichen Angriffen gegen die Türkei. Die Türkei mobilisiert neue Kampfgruppen und belebt angeblich auch die alte Kooperation mit verbliebenen IS-Einheiten, um gegen die Kurden zu kämpfen. Russland und Iran haben in Syrien gesiegt. Sie haben den syrischen Präsidenten Bashar al Assad gestützt und dabei geholfen, rund 70 % Syriens wieder unter Regierungskontrolle zu bringen. Russland gilt nun in der gesamten arabischen Welt als neue Ordnungsmacht.

Quelle: Rubikon 22.12.18, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011944.html>

Kriegskosten der USA

Was Krieg die USA kostet, hat eine Untersuchung ergeben. In den Jahren seit dem 11. September 2001 hat allein der "War on Terror" 5.900 Milliarden Dollar verschlungen, stellte das Watson Institute Mitte November fest. Das Institut der Brown University auf Rhode Island bewertet seit 2011 dessen direkte und indirekte Kosten für die USA. In dieser Zahl inbegriffen sind die laufenden Kosten des Verteidigungsministeriums, Ausgaben des Außenministeriums, kriegsbedingte Erhöhungen des Militärbudgets, gegenwärtige und zukünftige Gesundheitskosten für Veteranen, die Aufwendungen des Heimatministeriums für Terrorprävention im Inland sowie Zinszahlungen für Kriegskredite. Das Watson Institute: Seit den Kriegen in Irak, Pakistan und Afghanistan haben die Anti-Terror-Kriege etwa eine halbe Million Menschen das Leben gekostet, die Hälfte davon waren Zivilisten. Mehr als 370.000 sind danach an den indirekten Folgen des Krieges gestorben.

Quelle: Infosperber.ch – 11.12.18 <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011925.html>

INF-Vertrag

Es hat also den Anschein, als hätte sich Trump John Boltons Philosophie der Unterbindung jeglicher Waffenkontrollen unterworfen. In Boltons Augen dienen derlei Abkommen lediglich dazu, Amerikas Macht zu beschneiden. Immerhin war Bolton schon im Jahre 2001 mitverantwortlich für Präsident George W. Bushs Aufkündigung des ABM-Vertrags von 1972, was die Russen damals als einen Akt der Destabilisierung betrachteten.

Quelle: Rubikon – 15.12.2018 "Trump Surrenders to John Bolton on Russia and Arms Control"
<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011932.html>

Der Rücktritt von Verteidigungsminister Mattis traf die Nato offenbar völlig unvorbereitet. Noch am 4. Dezember, nur wenige Stunden nach Pompeos Rede, schloss sich das Bündnis den Vorwürfen der USA an, wonach Russland den INF-Vertrag verletze, der seit 1987 landgestützte atomare Mittelstreckenraketen verbietet. Dass die USA ihrerseits bereits seit 2010 mit ihrer „Modernisierung“ ihres Atomwaffenpotenzials die Herstellung einer nuklearen Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland und China anstreben und in diesem Zusammenhang bereits auch an durch den INF-Vertrag verbotenen atomaren Mittelstreckenwaffen in einer Projektphase arbeiten, ließ die Nato unerwähnt. Sollten die USA bereits am 2. Februar den INF-Vertrag kündigen, steht auch eine Verlängerung des 2021 auslaufenden New-Start-Abkommens von 2010 über die Begrenzung strategischer Atomwaffen von USA und Russland in den Sternen.

Quelle: Otmar Steinbicker, www.aixpaix.de , 22.12.18 Aachener Nachrichten
<https://epaper.zeitungsverlag-aachen.de/2.0/article/a2d28d4c1e>

hohe Kraftstoffpreise im Sommer 2018

Den Tankstellen ging im Sommer und Herbst der Sprit aus. Der Grund: Der Rhein lag an manchen Stellen auf dem Trockenen. Deutschlands wichtigste Wasserstraße führte Niedrigwasser. Es regnete zu wenig, darum können die Tankschiffe seit Wochen nicht mehr vollbeladen zu den Raffinerien fahren. Der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Volker Wissing (FDP) forderte daraufhin die Bundesregierung auf, der Fahrrinne des Rheins an flachen Stellen vertiefen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/niedrigwasser-105.html> 28.10.18

Kohlefasern aus Treibhausgas

Chemiker der Technischen Universität München (TUM) haben einen Prozess entwickelt, der nach ersten Berechnungen eine wirtschaftliche Entfernung des Treibhausgases Kohlendioxid aus der Atmosphäre ermöglichen könnte. Algen verwandeln dabei Kohlendioxid aus der Atmosphäre, aus Kraftwerken oder Abgasen der Stahlindustrie in Algenöl. In einem zweiten Schritt werden daraus wertvolle Carbonfasern erzeugt – und das auch noch wirtschaftlich, wie erste Analysen zeigen.

Die untersuchten Algen erzeugen nicht nur Biosprit, sondern aus ihnen lassen sich auch sehr effizient Polyacrylnitrilfasern (PAN) herstellen. Die Energie von Parabol-Sonnenspiegeln verkohlt anschließend die PAN-Fasern CO₂-neutral zu Carbonfasern. Mit Carbonfasern lassen sich leichte und hochfeste Werkstoffe herstellen. Am Ende des Lebenszyklus der Carbonfasern könnte man diese in leere Kohleflöze einlagern und entzöge damit die entsprechenden Kohlendioxid-Äquivalente dauerhaft der Atmosphäre. In Baustoffen können Kohlefasern Baustahl ersetzen. Dank ihrer Festigkeit sparen sie Zement, und aus mit Kohlefasern verstärktem Granit lassen sich sogar Träger herstellen, die bei gleicher Tragfähigkeit wie Stahl so leicht wie Aluminium sind. Die Salzwasser-Algen gedeihen idealerweise in sonnenreichen Gegenden. Beispielsweise in Nordafrika gibt es genügend Flächen, auf denen Landwirtschaft nicht sinnvoll ist.“

Quelle TU München http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/kohlefasern-aus-treibhausgas.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20Dezember%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.12.18

Reversible Brennstoffzellen

Wissenschaftler des Forschungszentrums Jülich haben ein hochgradig effizientes Brennstoffzellen-System in Betrieb genommen, das einen elektrischen Wirkungsgrad im Wasserstoffbetrieb von über 60 % erzielt. Die reversiblen Hochtemperatur-Brennstoffzellen können nicht nur Strom erzeugen, sondern lassen sich auch für die Herstellung von Wasserstoff durch Elektrolyse nutzen. Reversible Brennstoffzellen, englische Bezeichnung „reversible Solid Oxide Cell“, kurz rSOC, verbinden praktisch zwei Geräte in einem. Der Zelltyp kann Energie in Form von Wasserstoff zwischenspeichern und zu einem späteren Zeitpunkt wieder rückverstromen. Hochtemperatur-Brennstoffzellen, kurz SOFC, englisch „Solid Oxide Fuel Cell“, werden bei etwa 800 Grad Celsius betrieben. Aufgrund der hohen Temperatur können für diesen Brennstoffzellentyp unedlere und kostengünstigere Materialien als für Niedrigtemperatur-Brennstoffzellen verwendet werden. Gleichzeitig arbeiten Hochtemperatur-Brennstoffzellen höchst effizient. Anders als Niedertemperatursysteme, deren Wirkungsgrad im Betrieb mit Wasserstoff auf etwa 50 % begrenzt ist.

Quelle: Forschungszentrum Jülich http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/reversible-brennstoffzelle-bricht-wirkungsgrad-rekord.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2022.%20Dezember%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 21.12.18

Wasserstoffherzeugung ohne Edelmetall

Im weltweiten Wettrennen um die günstigste Technik, Wasser mithilfe von Solar- und Windstrom in Wasser- und Sauerstoff aufzuspalten, ist es Forschern der University of Toronto gelungen, einen Katalysator zu bauen, der keine teuren Edelmetalle enthält, sondern lediglich Kupfer, Nickel und Chrom. Der neue Kat nimmt keinen Schaden, wenn er mit Meerwasser in Berührung kommt, das wegen seines Salzgehalts aggressiv ist. Er kann also die größte Wasserquelle der Welt direkt nutzen. Laut den Fachleuten ist der Stromverbrauch bei der Wasserspaltung mit ihrem Katalysator geringer als mit jeder anderen Technik. Nur die, die Platin enthalten, sind noch effektiver, funktionieren jedoch nicht mit Salzwasser.

Quelle presstext.redaktion http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/billiger-wasserstoff-dank-kat-ohne-edelmetall.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2022.%20Dezember%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 18.12.18

EE-Anteil

Laut den neuesten Zahlen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg lag der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung im Jahr 2018 in Deutschland bei 40,4%. Damit liegt der Ökostrom-Anteil am gesamten Stromverbrauch wesentlich höher, als es in der Vergangenheit prognostiziert wurde.

https://www.energy-charts.de/energy_pie_de.htm?year=2018

PV-Kürzungen im Energiesammelgesetz

Der Bundestag hat das Energiesammelgesetz beschlossen. Die Sonderkürzungen für Photovoltaik-Dachanlagen ab Februar 2019 und die Sonderausschreibungen in den kommenden drei Jahren sind damit auf den Weg gebracht.

Im Vergleich zum Entwurf der Bundesregierung haben sich die Parteien im parlamentarischen Prozess auf einen weniger starken Einschnitt beim anzulegenden Wert für Photovoltaik-Dachanlagen ab 40 kW geeinigt. Ursprünglich sollte der Wert zum Jahreswechsel um rund 20 % auf 8,33 ct/kWh und damit auf das Niveau der Freiflächenanlagen sinken. Dabei sind als Basiswert

im Energiesammelgesetz 11,09 ct/kWh angegeben. Dieser anzulegende Wert für Photovoltaik-Dachanlagen bis 750 kW lag zuletzt im April 2017 auf diesem Niveau und ist seither bereits mehrfach abgesenkt worden. Die Vergütung soll so sinken, dass sich die Anlagen noch rechnen, aber die Überförderung abgebaut werde. In den vergangenen zwölf Monaten sanken die Modulpreise um 29%.

Der Kompromiss für Photovoltaik-Dachanlagen ab 40 kW sieht nun vor, dass für die in der Direktvermarktung befindlichen Dachanlagen die Vergütung zum Februar, März und April außerplanmäßig gesenkt wird. Im Dezember liegt der anzulegende Wert bei 10,47 und im Januar bei 10,36 ct/kWh, wie die Bundesnetzagentur bereits im Zuge der Ermittlung der Degression ermittelt hatte. Ab dem 1. Februar soll dann die Sonderkürzung greifen und der anzulegende Wert wird bei 9,87 ct/kWh liegen. Im März ist dann eine weitere Absenkung auf 9,39 ct/kWh und zum 1. April schließlich auf 8,90 ct/kWh vorgesehen. Im Vergleich zum Januarwert entspricht das einer Kürzung um 14 % – in Anbetracht der Tatsache, dass es bis dahin eine weitere monatliche Degression von mindestens einem % gegeben hätte – liegt die Sonderkürzung bei elf %. Die normale, in EEG vorgesehene Degression, die sich nach dem Zubau richtet, wird für die Zeit der Sonderkürzungen ausgesetzt und greift dann erst wieder bei der Festsetzung des anzulegenden Wertes ab Mai.

Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) begrüßte erneut die zusätzliche Erhöhung der Ausschreibungsmengen für Photovoltaik-Anlagen ab 750 kW. „Im Dunkeln bleibt, warum die Bundesregierung gleichzeitig den Ausbau von verbrauchsnahe größeren Solardächern bremst. Der aus der Zeit gefallene 52-Gigawatt-Förderdeckel muss 2019 ebenso gestrichen werden, wie die Belastung selbst genutzten Solar- und Mieterstroms mit Umlagen, Steuern und Abgaben.“ Zudem forderte er einen „verlässlichen und robusten Ausbaupfad für die Solarenergie“.

Für den BEE ist es wichtig, dass es tatsächlich zu Innovationsanreizen kommt und Beiträge für eine verbesserten Netz- und Systemintegration geleistet werden. Vorliegende Vorschläge wie eine Fixprämie oder der Wegfall der Härtefallregelung würden absehbar aber eher zu Nachteilen führen als einen Mehrwert erbringen.

Quelle pv magazine" 04/18 <https://www.pv-magazine.de/2018/11/30/bundestag-beschliesst-photovoltaik-kuerzungen-im-energiesammelgesetz/> 30.11.18

Ausbaustopp der Solarenergie

Der Ausbau der preiswerten und sauberen Photovoltaik droht in wenigen Monaten in Deutschland weitgehend zum Erliegen zu kommen. Vor allem die Installationszahlen für Solarstromanlagen auf Gewerbe- und Industriedächern werden ohne gesetzliche Änderungen schon bald drastisch einbrechen, so eine Analyse des Bundesverbandes Solarwirtschaft e.V. Schuld ist der im Jahr 2012 eingeführte Förderdeckel bei einer installierten Solarkapazität von 52 Gigawatt. Die Solarbranche fordert eine umgehende Streichung des Deckels. Solarstromanlagen würden zwar zunehmend preiswerter, noch sei ihr für den Klimaschutz unverzichtbarer Ausbau allerdings für einige Jahre auf eine Flankierung durch Marktprämien aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angewiesen. Die bisherige gesetzliche Regelung sieht vor, dass neue Photovoltaikanlagen nur bis zum Erreichen einer Gesamtkapazität von 52 Gigawatt eine Einspeisevergütung erhalten. Diese Marke ist wahrscheinlich bereits in einem Jahr erreicht. Szenarien des Verbands weisen darauf hin, dass der Photovoltaik-Zubau auf Gebäuden danach auf wenige hundert Megawatt pro Jahr zusammenschmelzen wird. Die Systempreise für schlüsselfertige neue Solarstromanlagen sind in den letzten zehn Jahren um 75 % gesunken. Auf Basis eines reinen Marktwertes können Solaranlagen im politisch gewünschten Umfang derzeit aber noch genauso wenig errichtet werden wie Windkraftanlagen.

Ohne eine Beseitigung des Solardeckels würden auch die gegenwärtig von der Bundesregierung geplanten Sonderausschreibungen für ebenerdig errichtete Solar- und Windparks ins Leere laufen, die vom Bundeskabinett in den nächsten Tagen beschlossen werden sollen. Mit zunehmender Wirtschaftlichkeit von Solarstromanlagen wird die im EEG gewährte Marktprämie für Solarstrom

auch ohne den 52 GW-Deckel in den nächsten Jahren gegen Null tendieren und die Strompreise kaum noch beeinflussen.

Quelle: Bundesverband Solarwirtschaft e.V.

http://www.sonnenseite.com/de/politik/bundesregierung-steuert-auf-ausbaustopp-der-solarenergie-zu.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Oktober%20%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 25.10.18

Windbranche hat viel Detailkritik

Zwar werden nun auch für Windprojekte an Land für 2019 bis 2021 die 4.000 Megawatt Sonderausschreibungen auf den Weg gebracht – 1.000 Megawatt 2019, 1.400 Megawatt 2020 und 1.600 Megawatt 2021. Die Koalition wolle aber erst im Herbst 2019 darüber sprechen, wie sich der Ausbau bis 2030 entwickeln muss, um das Ziel von 65 % Ökostrom bis 2030 zu erreichen. Dies ist angesichts von Planungszeiten von mindestens drei bis fünf Jahren sehr spät. Auch sei die Offshore-Windenergie offenbar ganz vergessen worden. Im Gesetzentwurf finden sich auch die sogenannten Innovations-Ausschreibungen wieder. Um diese speziellen Ausschreibungen mit zusammen 1.050 Megawatt können sich sowohl Wind- als auch Solarstromprojekte bewerben. Erprobt werden dabei nach dem Willen der Bundesregierung neue Preismechanismen, die zu mehr Wettbewerb führen und die Erneuerbaren flexibler und netzdienlicher machen. Die Windbranche habe diese Art Ausschreibungen immer gefordert, betont der BWE, bemängelt allerdings, dass die 1.050 Megawatt nicht zusätzlich sind, sondern auf die bestehenden bundesweiten Ziele beim Wind- und Solarausbau angerechnet werden. Zudem störten "restriktive Ausschreibungsregeln".

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/solarverguetung-gekuerzt-disko-effekt-abgeschaltet>

Erdgas-Förderung

Mit der fast unsichtbaren, nur leicht bläulichen Flamme eines modernen Gasherdes macht sie augenscheinlich, dass bei der Gasverbrennung weniger CO₂ emittiert wird als bei der Kohle. Was alles geschehen muss, bevor wir uns an dieser Flamme erfreuen können, wird freilich ausgeblendet. Bei Förderung, Reinigung und Transport des Erdgases gelangen nämlich derartige Mengen von unverbranntem Methan und CO₂ in die Atmosphäre („Vorkettenemissionen“), dass von einem Klimavorteil gegenüber der Kohle gar keine Rede sein kann.

Klimaschädigung ist das eine, Umwelt- und Gesundheitsschädigung das andere. Dass dies nicht alleine in fernen Ländern passiert, sondern auch deutsche Realität ist, zeigt sich insbesondere in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Mit dem Rohgas kommen Schwermetalle wie Quecksilber, Blei, Arsen, giftige Salze und radioaktive Stoffe in Größenordnungen aus den 3,5 km tiefen Bohrungen noch oben. In der Altmark (Sachsen-Anhalt), dem ehemals zweitgrößten Erdgaslager Europas, gerieten zu DDR-Zeiten Bohrungen außer Kontrolle, so dass das Rohgas mit 350 bar herausschoss und die Umgebung kilometerweit kontaminierte. Auch im Normalbetrieb kamen die Beschäftigten mit den Giften in Kontakt. Die meisten sind früh gestorben. Wer noch lebt, leidet an Schwermetallvergiftungen oder Krebserkrankungen. Auch heute werden in der Umgebung von Betriebsplätzen erhöhte Quecksilberwerte und Radioaktivität gemessen. In der Nähe von Förderstellen – insbesondere auch dort, wo Rohgas abgefackelt wird – kommt es zu auffälligen Raten bestimmter Krebserkrankungen. Die Menschen sind beunruhigt, die Medien greifen es auf. Die Förderunternehmen – wie auch die Bergämter, die sich durchweg nicht als Kontrolleure, sondern als Anwälte der Unternehmen verhalten – negieren jeden Zusammenhang mit der Gasförderung.

Die Rohre, in denen das Rohgas von den Bohrungen zu Sammelpunkten befördert wird, sind in der Altmark 50 Jahre alt und entsprechend marode. Immer wieder kommt es zu Leckagen. Die angeblich installierte Drucküberwachung funktioniert offensichtlich nicht zuverlässig. Zweimal wurden in letzter Zeit Leckagen rein zufällig von Spaziergängern entdeckt und gemeldet.

Die erheblichen Massen an schlammigem, öligem Material, das die Bohrer aus der Tiefe holten, wurden in flache Gruben gekippt und mit Erde zugeschoben. Über 350 dieser Bohrschlammgruben wird Landwirtschaft betrieben. Die Wurzeln vieler Früchte reichen bis in den Schlamm. Besonders belastetes Material wurde in eine ehemalige Ziegeleigrube im Dorf Brüchau entsorgt. Hier lagern mindestens 500 Tonnen metallisches Quecksilber als Teil eines undefinierbaren Giftcocktails. Die teilweise nur 70 cm starke „geologische Barriere“ aus heterogen zusammengesetztem Geschiebemergel ist undicht. Schadstoffe werden im Grundwasser detektiert. In den Jahren 2005 bis 2017 sind von den 130 Dorfbewohnern 25 an Krebs erkrankt, 12 gestorben. - Die zuständigen Landesbehörden machen falsche Angaben, täuschen, vertuschen, verzögern, um zu verhindern, dass das Material auf geeignete Deponien verbracht und dabei aufgedeckt wird, was in Brüchau eigentlich liegt.

Die jahrzehntelange Erdgasförderung führt zu Geländeabsenkungen, die oft mit Erdbeben (gelegentlich bis über 4 auf der Richter-Skala) einher gehen. Folge sind Gebäudeschäden, über deren Regulierung die Auseinandersetzung mit dem Bergbauunternehmen geführt werden muss. Wenn eine Bohrung ausgefördert ist und dauerhaft verschlossen wird, stellt sich die Frage, ob und wie lange sie dicht bleibt, denn Gas dringt weiterhin nach oben. (Bei den 3 Millionen alten, verlassenen Bohrlöchern in den USA rechnet man mit 20 Tonnen Austritt pro Loch und Jahr.) LNG aus geacktem US-Gas, das mit finanzieller Unterstützung durch die Bundesregierung im großen Stil eingeführt werden soll, dürfte der klimaschädlichste Brennstoff überhaupt sein, da 10-30% der in ihm enthaltenen Energie allein schon für Verflüssigung, Abkühlung auf -160 Grad und Transport benötigt werden.

Quelle Christfried Lenz 2018 http://www.sonnenseite.com/de/politik/altmaiers-neue-energiewende-logik-ersetzung-der-fossilen-energie-durch-erdgas.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 2.11.18

EU-Kommissionsvorschlag zur Änderung der Energiesteuerrichtlinie (ESR)

Ziel ist eine einheitliche, technologieneutrale Energiebesteuerung in der EU der einzelnen Brennstoffe, einschließlich erneuerbarer Energieträger, (auf Basis des Energieinhalts und der CO₂-Emissionen). Ausnahmen sollen für grüne Investitionen und für weniger wohlhabende Bevölkerungsteile gewährt werden dürfen. Ziel ist der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Außerdem ist neuen Entwicklungen (z. B. Einführung von Steuern auf Abfälle, Plastiktüten und Flugtickets durch Mitgliedstaaten) Rechnung zu tragen. Nach Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 2008/118/EG können die Mitgliedstaaten solche neuen Steuern einführen, sofern diese im grenzüberschreitenden Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen. Die CO₂-Steuern sollen das EU-Emissionshandelssystem wirksam ergänzen.

Nach dem Vorschlag soll ein Mindeststeuersatz auf Basis der CO₂-Emissionen des Energieerzeugnisses auf 20 EUR je Tonne CO₂ festgesetzt werden. Für Biokraftstoffe, die das Nachhaltigkeitskriterium in Artikel 17 der Richtlinie 2009/28/EG erfüllen, beliefe sich der CO₂-abhängige Anteil der Steuer auf Null. Eine derartige Besteuerung verschafft allen CO₂-armen Energiequellen einen technologieneutralen Vorteil. Gleichzeitig werden alle am Emissionshandel beteiligten Emittenten unabhängig vom tatsächlichen Geltungsbereich von der CO₂-Steuerkomponente befreit.

Eine zweite Komponente soll als allgemeine Energieverbrauchsteuer auf Basis des in GJ gemessenen Energieinhalts eingeführt werden und gibt so Anreize, Energie zu sparen. Die Steuer spiegelt wider, wie viel Energie das Erzeugnis generiert; ein energieeffizienter Verbrauch würde automatisch belohnt. Für Kraftstoffe wird ein Mindeststeuersatz von 9,6 EUR/GJ festgesetzt, was dem derzeitigen Mindestsatz für Benzin abzüglich des entsprechenden CO₂-abhängigen Teils entspricht. Für Heizstoffe wird der derzeitige Mindestsatz für Strom in Höhe von 0,15 EUR/GJ (das

entspricht etwa 0,5 EUR/MWh) auf alle Energieerzeugnisse angewendet, die für Heizzwecke verwendet werden; damit wird dem Energieinhalt des betreffenden Erzeugnisses Rechnung getragen. Das Anwendungsgebiet der Energiebesteuerung bleibt unverändert und umfasst die Verwendung als Heizstoff oder als Kraftstoff sowie den Stromverbrauch in vergleichbaren Situationen.

Kleine Industrieanlagen, die unter die CO₂-abhängige Steuer fallen, erhalten auf der Grundlage einer Brennstoff-Benchmark eine pauschale Steuergutschrift. Auf diese Weise wird die ökologische Wirkung der Steuer aufrechterhalten, während die Unternehmen einen Ausgleich erhalten.

Die Kommission erkennt an, dass Unterschiede bei der Besteuerung der Wohnraumbeheizung das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes weniger beeinträchtigen und dass Heizkosten möglicherweise in einigen Mitgliedstaaten ein wichtiger sozialer Aspekt sind. Sie schlägt deswegen vor, den Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit zu lassen, für Energieerzeugnisse und Strom Steuerbefreiungen oder -erleichterungen zu gewähren und diese auf alle Heizstoffe auszudehnen. CO₂-intensive Energiequellen (wie Kohle) werden durch das geänderte System höher besteuert. Die Änderung stellt sicher, dass alle Energieverbraucher, nicht nur die unter das EU-Emissionshandelssystem fallenden, Anreize erhalten, um auf umweltschonendere Energiequellen umzusteigen. Gleichzeitig sieht der Vorschlag eine neue Vorschrift vor, nach der die externen Kosten von CO₂-Emissionen nur einmal berücksichtigt werden.

Infolgedessen wäre die direkte Preiswirkung für Kohleverbraucher gering, da Kohle überwiegend in der Schwerindustrie und in der Stromerzeugung verwendet wird, die bereits in das EU-EHS einbezogen sind. Außerdem stellt der Vorschlag es in das Ermessen der Mitgliedstaaten, die Folgen für Haushalte zu mildern oder völlig zu vermeiden.

Die Mindeststeuerbeträge pro Liter Diesel werden allmählich die für Benzin übersteigen. Dies ist lediglich die Folge davon, dass Diesel einen höheren Energieinhalt hat und dass pro Liter mehr CO₂ entsteht als bei Benzin. Selbst in dem neuen System wahrt Diesel seinen Vorteil bezogen auf die gefahrene Strecke, die Streichung der Subvention für Diesel fördert allerdings Energieeffizienzverbesserungen an Benzinmotoren und schafft außerdem einen Markt für CO₂-ärmere, alternative Energiequellen, die in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich den Kraftstoffmarkt erobern werden. Die Umstrukturierung der Besteuerung von Benzin und von Diesel trägt auch dazu bei, Angebot und Nachfrage auf dem europäischen Kraftstoffmarkt, an dem der Bedarf an Dieseleinfuhren steigt, neu zu strukturieren. Angesichts der Tatsache, dass die europäischen Automobilhersteller große Summen in die Dieseltechnologie investiert haben und dass Fahrzeuge, die mit alternativen Kraftstoffen oder Antriebsaggregaten betrieben werden, noch nicht in größerer Zahl angeboten werden, werden die Steuern für alle Kraftstoffe im Zeitraum 2013-2023 in drei Schritten angeglichen. Die schrittweise Einführung der neuen steuerlichen Behandlung von Diesel gibt dem Sektor des gewerblichen Kraftverkehrs zudem Zeit für die Anpassung.

Für Kraftstoff, der in der Landwirtschaft, in der Aquakultur und im Gartenbau verwendet wird, gelten auch nach der Änderung der Energiesteuerrichtlinie niedrigere Mindeststeuersätze. Die Änderung der Energiesteuerrichtlinie beschneidet die derzeitige Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Kraftstoffe und Heizstoffe sowie für vergleichbare Zwecke verbrauchten Strom vollständig von der Steuer zu befreien. Mit der Änderung der Energiesteuerrichtlinie sind auf sie die CO₂-abhängige Komponente der Steuer und die der allgemeinen Energieverbrauchsteuer entsprechende Komponente der Steuer anwendbar. Die vollständige Befreiung von der letztgenannten Steuerkomponente ist weiterhin möglich, allerdings nur, wenn im Gegenzug die Energieeffizienz verbessert wird, also nicht mehr ohne Gegenleistung wie bisher. Infolgedessen können die Mitgliedstaaten auch künftig den Primärsektor steuerlich begünstigen, während gleichzeitig für eine einheitlichere Besteuerung eines Sektors gesorgt wird, für den derzeit ein buntes Gemisch von Steuerbefreiungen gilt.

Quelle: KOM(2011) 168/3

Armutsbericht 2018

Der Bericht geht erstmals der Frage nach, wer die rund 13,7 Millionen Menschen, die in Deutschland in Armut leben, faktisch sind. Fast drei Viertel der ab 25-jährigen Armen weist ein mittleres oder sogar hohes Qualifikationsniveau auf. 33% der Armen sind Erwerbstätige und 25% sind Rentner. Minijobber machen nur etwas mehr als ein Viertel der erwerbstätigen Armen aus. Die ganz überwiegende Mehrheit ist mehr als nur geringfügig tätig und 41 Prozent sind sogar voll erwerbstätig. Armut geht jedoch vergleichsweise oft mit befristeter Beschäftigung und Zeit- bzw. Leiharbeit einher. Armut betrifft vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Qualifikationsniveau und Menschen mit Migrationshintergrund.

Quelle Paritätischer Wohlfahrtsverband 30.12.18, https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/2018_armutsbericht.pdf

Gemeinnützigkeitsrecht

Der CDU-Parteitag am 8.12.2018 hat im Antrag C113 in der Fassung der Antragskommission beschlossen: "Die CDU Deutschlands fordert zu prüfen, ob die ‚Deutsche Umwelthilfe‘ noch die Kriterien für die Gemeinnützigkeit erfüllt."

Weitere Beschlüsse fordern u.a., der Deutschen Umwelthilfe (DUH) das Verbandsklagerecht zu entziehen und ihr Staatszuschüsse zu verwehren. (<https://www.cdu.de/artikel/antraege-und-beschluesse>). Zuerst hatte die AfD in Baden-Württemberg verlangt, der DUH die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011920.html> 9.12.18.

US- Haushaltsdefizit

Die amerikanische Regierung hat ihre umfangreichen Steuersenkungen und neuen Ausgaben mit Milliardenschulden finanziert. Das Haushaltsdefizit im zurückliegenden Fiskaljahr (Stichtag ist der 30. September) – dem ersten, das komplett in die Amtszeit des Präsidenten Donald Trump fällt – beläuft sich auf 779 Milliarden Dollar. Das teilte das amerikanische Finanzministerium in Washington mit.

Das Defizit ist damit um 113 Milliarden Dollar gestiegen gegenüber dem zurückliegenden Haushaltsjahr und auf den höchsten Stand seit sechs Jahren. Gemessen an der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) beträgt es nun 3,9 Prozent verglichen mit 3,5 Prozent im Vorjahr.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/trumps-erstes-haushaltsdefizit-betraegt-779-milliarden-dollar-15840519.html> 16.10.2018

Multiresistente Keime

700 bis 800 Tonnen Antibiotika pro Jahr wurden im Jahr 2014 laut dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Deutschland allein in der Medizin eingesetzt, in der Veterinärmedizin wurden im Jahr 2017 weitere 730 Tonnen an Tierärzte abgegeben. Durch den hohen Einsatz von Antibiotika bilden allerdings immer mehr Bakterien Multiresistenzen, die eine medizinische Therapie bei einer Erkrankung erschweren. Multiresistente Bakterien haben als Überlebensstrategie gelernt, sich der Wirkung verschiedener Antibiotika zu entziehen – sie haben Abwehrmechanismen gebildet. Nicht alle sind für den Menschen gefährlich, doch können sie ihre Resistenzgene auch an krankmachende Erreger weitergeben.

Deshalb testen und bewerten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedene Methoden für Kläranlagen. Bei der Ultrafiltration, bei der das Wasser durch extrem feine Membranstränge fließt, gelingt es uns, die antibiotikaresistenten Bakterien so weit zu reduzieren,

dass wir sie kaum mehr nachweisen können. Mit der Ozonbehandlung – auch in Kombination mit UV-Strahlen – ist eine geringere, aber auch vielversprechende Reduktion der Keime möglich.

Quelle: GERMAP 2015: Antibiotika-Resistenz und –Verbrauch

https://www.bvl.bund.de/DE/05_Tierarzneimittel/05_Fachmeldungen/2016/2016_09_29_Fa_germa_p2015.html

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/multiresistente-keime-aus-abwasser-filtern.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2020.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 19.10.18

Nitratbelastung im Grundwasser

Viele Grundwasservorkommen überschreiten den gesetzlichen Grenzwert. Schon seit Jahrzehnten bringt die Politik keine ausreichend wirksamen Regelungen zustande. Nun klagt die Deutsche Umwelthilfe für Sauberes Wasser. 28 Prozent der Grundwasser-Messstellen in landwirtschaftlichen Regionen überschreiten den EU-weit geltenden Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Nach dem letzten Nitratbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2016 weist Deutschland unter allen EU-Staaten die zweithöchste Nitrat-Belastung des Grundwassers auf. Hauptquelle für die Nitrat-Belastung ist die intensive Landwirtschaft. Die hohe Nachfrage nach Billigfleisch im In- und Ausland heizt die Entwicklung hin zur industriellen Produktion an. Viele Massentierhaltungsbetriebe haben keine oder zu wenige eigene Flächen, auf die sie die Ausscheidungen ihrer Tiere verteilen könnten. Daher wird Gülle in weit entfernte Ackerbauregionen gekarrt. Humusreiche Böden halten Wasser und damit auch das darin gelöste Nitrat besser als sandige Böden.

Der Gesetzgeber muss den landwirtschaftlichen Betrieben klare Grenzen für Stickstoff-Überschüsse setzen, vor allem in besonders belasteten Regionen. Die DUH fordert ebenso wie andere Umweltverbände die rasche Ausweitung der sogenannten Hoftor-Bilanz auf alle Betriebe. Sie soll Stoffströme von Stickstoff und anderen Nährstoffen erfassen, Überschüsse dokumentieren und zur gezielten Vermeidung beitragen. Die erlaubte Anzahl von Nutztieren pro Flächeneinheit muss reduziert werden. Für das Ausbringen von Wirtschaftsdünger fordert die DUH längere Sperrfristen im Winter.

Quelle Deutsche Umwelthilfe http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/deutschland-grundwasser-in-gefahr.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2020.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 18.10.2018
<https://www.umweltdachverband.at/inhalt/rette-unser-wasser-100-umweltorganisationen-starten-europaweite-aktion-fuer-starkes-wassergesetz?ref=89>

Chemikalien

Mindestens ein Drittel aller Chemikalien, die in großen Mengen in der EU hergestellt werden oder in sie exportiert werden, sind nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestet. Diese Chemikalien werden aber trotzdem in Alltagsgütern wie Spielzeugen, Lebensmitteln und Möbeln verwendet. Das hat eine ausführliche Studie des deutschen Bundesamtes für Risikobewertung (BfR) und des Umweltbundesamtes (UBA) festgestellt.

Doch statt diese Chemikalien sofort vom Markt zu nehmen, lässt die zuständige EU-Chemieagentur ECHA diesen großangelegten Rechtsbruch von Chemie-Unternehmen zu und belässt es bei Ermahnungen.

Quelle: Sven Giegold http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/das-dieselgate-der-chemiebranche.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Oktober%20%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 27.10.18

Batterierichtlinie

In einer Studie für die Europäische Kommission zeigt das Öko-Institut die maßgeblichen Schwächen der aktuellen Batterierichtlinie auf. Für die Evaluierung der Richtlinie hat das Öko-Institut die Sammelmenge für Gerätebatterien aller 28 EU-Mitgliedstaaten ausgewertet. Dabei wurde deutlich, dass die vorgeschriebene Quote von 45 Prozent von nur rund der Hälfte aller Mitgliedstaaten erreicht wurde. „Das bedeutet im Umkehrschluss, dass mehr als die Hälfte aller Gerätebatterien gar nicht erst gesammelt und recycelt wird“, sagt Dr. Hartmut Stahl, Wissenschaftler am Öko-Institut und Hauptautor der Studie.

Laut Öko-Institut landen europaweit jährlich rund 35.000 Tonnen Batterien im Hausmüll. Wertvolle Rohstoffe gehen so verloren. Gleichzeitig steigt das Risiko für die Umwelt durch die mögliche Abgabe giftiger Schwermetalle, wie Cadmium oder Blei, an. Die Einbindung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch verbesserte Informationen und gezielte Sammel-Kampagnen ist hier ein wichtiger Ansatz.

Trotz der zunehmenden Bedeutung von Lithium-Ionen-Batterien in neuen Technologien wie in Pedelecs, gibt es für sie weder eigene Sammel- noch separate Recyclingziele. Nötig sind härtere Vorgaben für die Rückgewinnung von Schlüsselementen wie Lithium und Kobalt.

Quelle Öko-Institut, http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/eu-sammelquote-ueber-die-haelfte-aller-geraetebatterien-verschwindet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 2.11.18

Wasserqualität und Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Für über ein Drittel der deutschen Grundwasservorkommen wird ein „schlechter chemischer Zustand“ konstatiert. Grund hierfür sind die gravierenden Nitratinträge durch den Agrarsektor. Diese bleiben eines der größten, ungelösten Probleme der deutschen Wasserproblematik. Die Quecksilberbelastung, vor allem eine Folge der massiven Kohlestromerzeugung in Deutschland, liegt beinahe flächendeckend über den in der Wasserrahmenrichtlinie festgeschriebenen Grenzwerten. Derartige Überschreitungen führen zu einer Gefährdung der Gewässerorganismen und der menschlichen Gesundheit. Jahrzehntlang wurden selbst kleinste Fließgewässer unter Ingenieursgesichtspunkten begradigt und damit ihrer „ökologischen Seele“ beraubt. Praktisch alle Flüsse sind als Wasserstraßen ausgebaut. Mithin können nur noch 8 Prozent der deutschen Bäche und Flüsse als ökologisch intakt bezeichnet werden.

Quelle: WWF http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/deutscher-gewaesserszustand-kritisch.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 6.11.18

Meeresmüll

Die gemeinnützige Umweltorganisation One Earth – One Ocean e.V. (OEOO) aus München, die seit nunmehr sechs Jahren an der Umsetzung ihres Konzepts einer „Maritimen Müllabfuhr“ arbeitet, kann stolz verkünden, dass gestern in einer Kompaktraffinerie unseres Partners BIOFABRIK Technologies GmbH in Dresden die weltweit ersten erfolgreichen Verölungversuche von Plastikmüll aus dem Meer umgesetzt wurden.

Das mehrstufige Konzept der „Maritimen Müllabfuhr“ von OEOO sieht vor, Meeresmüll mit speziellen Müllsammelschiffen einzusammeln und anschließend wiederzuverwerten bzw. einen Teil davon in Öl umzuwandeln. Dazu wurde Meeresmüll aus diversen Sammelaktionen der letzten Zeit an Nord- und Ostsee manuell sortiert und der verwertbare Plastikmüll-Anteil geschreddert. In einem mehrstufigen Raffinationsprozess wurde der zerkleinerte Plastikmüll dann in einer so genannten Kompaktraffinerie unseres Technologiepartners BIOFABRIK aus Dresden verölt. Die Kompakthanlage kann bis zu 750 kg Plastikmüll pro Tag verarbeiten und in Kraftstoff umwandeln.

In einer späteren Phase soll das gesammelte Plastik direkt an Bord von Containerschiffen in Öl rückverwandelt werden. Aus einer Tonne Plastik lassen sich ca. 800 Liter Öl rückgewinnen. Plastikmüll ist ein gewaltiges Umweltproblem, geschätzte über 140 Mio. Tonnen befinden sich in den Meeren weltweit. Studien wie jene der Ellen MacArthur Foundation („Rethinking the Future of Plastics“) belegen, dass mehr als 80 Prozent des Plastikmülls, der weltweit in die Meere gelangt, aus Asien stammen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/marine-plastic-to-oil.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2013.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.10.18
<https://oneearth-oneocean.com/>

Ölkatastrophe im Golf von Mexiko

Jeden Tag fließen bis zu 111.000 Liter Erdöl in den Golf von Mexiko, seit 14 Jahren. Damals sank im Hurrikan-Wirbel eine Bohrinselform und hinterließ mehrere Lecks, die bis heute nicht verschlossen sind. Das berichtet die Washington Post und beruft sich auf Behördenangaben. Noch ist das Ausmaß der Deepwater-Horizon-Katastrophe nicht erreicht, damals gelangten 700 Millionen Liter Öl ins Meer. Doch die Behörden senden keine ermutigenden Signale: Die unkontrollierten Ölaufstritte könnten dieses Jahrzehnt noch andauern.

Der Verursacher Taylor Energy hat in der Vergangenheit nicht übermäßig dazu beigetragen. Dem Energiekonzern aus New Orleans wird Vertuschung und Unterlassung vorgeworfen. Erst 2010 wurde die Ölkatastrophe überhaupt öffentlich, als Umweltschützer im Zuge des Untergangs der Deepwater Horizon die Meeresregion untersuchten. Dabei hatte sich Taylor Energy gegenüber den Behörden ursprünglich verpflichtet, die zunächst 25 aktiven Bohrlöcher bis Juni 2008 zu schließen.

Einmal die offenen Bohrlöcher zugegeben, spielte Taylor Energy gegenüber den Behörden die Dimension herunter, es handele sich nur um 7,5 Liter Öl pro Tag. Die US-Küstenwache korrigierte diese Zahl auf knapp 320 Liter. Ein Jahrzehnt später sprachen die Behörden von 55 Barrel pro Tag, umgerechnet über 8.700 Liter. Die neueste Schätzung von bis zu 700 Barrel rüttelt nun langsam Medien und Öffentlichkeit in den USA auf.

Quelle: energiezeitung Heft 25 <https://www.energiezeitung.de/umweltschutz/die-unbekannte-oelkatastrophe-im-golf-von-mexiko/>

Mikroplastik

977 Tonnen Mikroplastik und 46.900 Tonnen gelöste Polymere gelangen jährlich in Deutschland allein aus Kosmetikprodukten sowie Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln (WPR) ins Abwasser. Das sind Ergebnisse einer Studie, die vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT im Auftrag des NABU erhoben wurden. Kläranlagen können die Inhaltsstoffe nicht vollständig abfangen, daher gelangt Mikroplastik trotz Abwasserreinigung in unsere Gewässer. Über den Klärschlamm gelangen auch zurückgehaltene synthetische Polymere auf landwirtschaftliche Flächen.

Wir brauchen ein EU-Verbot von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln. Nur Mikroplastik als Reibkörper in Duschgel und Peeling zu verbieten, wie es manche Staaten verfolgen, greift viel zu kurz. Mikroplastik muss funktions- und produktübergreifend in Kosmetik und Reinigungsmitteln verboten werden, denn es wird auch als Füllstoff, Trübungsmittel und Filmbildner eingesetzt.

Quelle: Studie „Mikroplastik und synthetische Polymere in Kosmetikprodukten sowie Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln“ von Fraunhofer UMSICHT
https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/konsumressourcenmuell/20181004_mikroplastikstudie.pdf NABU, 6.10.18

Studie Mikroplastik in Kosmetik

<https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/publikationen/2018/umsicht-studie-mikroplastik-in-kosmetik.pdf>

Erstmals Mikroplastik im Menschen nachgewiesen

In einer Pilotstudie von Umweltbundesamt und Medizinischer Universität Wien wurde erstmals Mikroplastik im menschlichen Stuhl entdeckt – und das bei allen der acht internationalen Teilnehmer. Die Teilnehmer der Studie, fünf Frauen und drei Männer im Alter von 33 bis 65 Jahren, leben in Finnland, den Niederlanden, Großbritannien, Italien, Polen, Russland, Japan und Österreich. Sie führten eine Woche lang ein Ernährungstagebuch und gaben anschließend eine Stuhlprobe ab. Alle TeilnehmerInnen konsumierten in Plastik verpackte Lebensmittel oder Getränke aus PET-Flaschen, die Mehrzahl von ihnen verzehrte Fisch bzw. Meeresfrüchte, und niemand ernährte sich ausschließlich vegetarisch.

Bei anderen Studien wurden in Tieren die höchsten Mikroplastikkonzentrationen im Magendarmtrakt nachgewiesen, jedoch waren kleinste Plastikteilchen auch in Blut, Lymphe und sogar in der Leber nachweisbar. „Obwohl es erste Anzeichen gibt, dass Mikroplastik durch die Begünstigung von Entzündungsreaktionen oder Aufnahme schädigender Begleitstoffe den Magendarmtrakt schädigen kann, sind jedenfalls weitere Studien notwendig, um potenzielle Gefahren von Mikroplastik für den Menschen abzuschätzen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/erstmal-mikroplastik-im-menschen-nachgewiesen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Oktober%20%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 23.10.18

Hormonverändernde Pestizide

Heute wurden die besorgniserregenden Ergebnisse eines einmaligen Pilot-Projektes der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament veröffentlicht. Über den Sommer wurden in 6 EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Belgien) von insgesamt 148 Freiwilligen Haar-Proben genommen und auf 30 in der EU-zugelassene Pestizide getestet, die alle auch hormonverändernde Eigenschaften (so genannte Endokrine Disruptoren) besitzen. Endokrine Disruptoren können schon durch geringste Mengen tiefgreifende Veränderung des menschlichen Hormonsystems bewirken und u.a. zu Entwicklungsstörungen, Unfruchtbarkeit, Krebs und neurologischen Erkrankungen führen. Bisher war unklar, wie weit diese Stoffe durch den Pestizid-Einsatz in der Bevölkerung verbreitet sind. Der neuartige Ansatz des Haar-Tests hat eine erste Beantwortung dieser Frage jetzt möglich gemacht. Denn anders als bei Blut- und Urin-Tests lassen sich Haare leicht entnehmen und einfach ans Labor in einem Briefumschlag verschicken. Zudem kann die Langzeit-Belastung erfasst werden, weil sich die Pestizid-Rückstände in Haaren noch Monate später in geringsten Mengen nachweisen lassen. In 60 Prozent der Proben wurden eindeutige Rückstände von hormonverändernden Pestiziden gefunden. Jede zweite Testperson hat substantielle Mengen endokrine Disruptoren im Körper. Hormonverändernde Substanzen müssen überall aus der Landwirtschaft verschwinden. Menschen aus Stadt und Land sind gleichermaßen betroffen. Die Pestizide werden vermutlich über die Nahrung und das Trinkwasser aufgenommen oder im heimischen Garten eingesetzt. Ein weiteres Ergebnis: Das Alter spielt kaum eine Rolle, vom Kleinkind bis zum 70-Jährigen sind alle betroffenen. Das ist gerade angesichts der nachgewiesenen Auswirkungen auf Entwicklungsprozesse bei Kindern äußerst bedenklich. In Deutschland sieht die Situation nur leicht besser aus: Von den 34 Proben aus Deutschland waren in knapp der Hälfte hormonverändernde Pestizide nachweisbar. Auch in Deutschland sind Stadt und Land und alle Altersgruppen betroffen. Mit am häufigsten haben wir das Pestizid Chlorpyrifos in den Proben gefunden. Die Zulassung von Chlorpyrifos wurde erst kürzlich von den EU-Landwirtschaftsministern für ein Jahr verlängert, trotz

der starken Anzeichen für eine Beeinträchtigung der Gehirnentwicklung von Kindern. Gemäß der EU-Pestizidverordnung dürften solche hormonverändernden Pestizide in der EU gar nicht mehr zugelassen werden. Die Hersteller nutzen aber eine Reihe von Ausnahmen, um dieses Verbot zu umgehen. Denn wenn nur wenige Menschen diesen Stoffen ausgesetzt sein werden, dürfen sie trotzdem auf den europäischen Markt.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/erster-europaeischer-haar-test-hormonveraendernde-pestizide-im-koerper-jeder-zweiten-person.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.11.18
https://sven-giegold.de/wp-content/uploads/2018/11/pesticide-hairtest-results_2018_final.pdf

Plastik im Fisch

Mikroplastik ist nicht nur in Meeresfischen wie Dorsch, Makrele und Wittling zu finden, sondern auch in Fischen des Süßwassers. Dieser Befund und viele andere neue Erkenntnisse wurden auf einem zweitägigen Seminar vorgestellt, zu dem die Projektgruppe „PlasM: Plastikmüll in Meeresfischen“ des Thünen-Instituts für Fischereiökologie führende Experten aus deutschen Forschungseinrichtungen nach Bremerhaven eingeladen hatte.

Eine Bewertung ist allein deshalb schwierig, weil sich die meisten Untersuchungen zu Auswirkungen von Mikroplastik auf den Verdauungstrakt der Fische beziehen. Das ist der Ort, an dem die Kunststoffe im Fisch am häufigsten gefunden werden – trotzdem sind das meist nur ein oder zwei Partikel, abhängig von der Fischart und dem Fangort, aber auch von der eingesetzten Nachweismethode. „Untersuchungen zur Wirkung der Plastikpartikel auf die Gesundheit der Fische sind bislang zu kurz gekommen“, sagt Dr. Thomas Lang vom Thünen-Institut für Fischereiökologie.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/plastik-im-fisch.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.11.18
<https://www.thuenen.de/de/fi/projekte/plasm-mikroplastik-und-meeresfische/>

Tierbestände schrumpfen weltweit

Die Menschheit verbraucht jährlich 70 Prozent mehr natürliche Ressourcen als die Erde zeitgleich erneuern kann. Damit wächst unser Ressourcen hunger weiter. Dieses und andere Ergebnisse des "Living Planet Reports 2018" legte der WWF am Dienstag in Berlin vor. Während die Kurven zum Ressourcenverbrauch ansteigen, schwinden die ökologischen Reserven der Erde weiter. Der "Living Planet Index", ein Barometer für den weltweiten ökologischen Gesundheitszustand der Erde, fällt auf einen neuen Tiefpunkt. Der gemessene Rückgang der über 16.000 untersuchten Bestände von Wirbeltieren liegt nun bei 60 Prozent im Vergleich zu 1970.#

Der Living Planet Index (LPI) erfasst den Zustand der biologischen Vielfalt. Er basiert aktuell auf Daten zu 16.704 untersuchten Populationen von 4005 Wirbeltierarten auf der ganzen Erde. Für den Zeitraum von 1970 bis 2014 ermittelt der globale LPI einen Rückgang von 60 Prozent. Zum Vergleich: Im ersten Living Planet Report lag der ermittelte Rückgang noch bei 30 Prozent für den Zeitraum 1970 bis 1995.

Der Ökologische Fußabdruck hat sich seit 1966 verdoppelt. Seit mehr als 40 Jahren nutzen die Menschen mehr natürliche Ressourcen, als die Erde erneuern kann. Der Fußabdruck gibt die Beanspruchung der Ökosysteme durch den Menschen an im Vergleich zur biologisch produktiven Landfläche (Biokapazität), die zur Bereitstellung erforderlich ist.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/grosse-wwf-studie-zum-zustand-des-planeten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 30.10.18
<https://www.wwf.de/fileadmin/living-planet-report/2018/Living-Planet-Report.pdf>

genveränderte Kartoffeln giftig

Genveränderte Kartoffeln haben keine braune Flecken mehr, entwickeln aber trotzdem Giftstoffe, die schädlich für die menschliche Gesundheit sind. Diese seien im Labor oft kaum festzustellen, sondern zeigten sich erst, wenn die genveränderte Pflanzen im Freiland angebaut würden und dem üblichen Stress ausgesetzt seien. Hinzu komme, dass die braunen Flecken bei normalen Kartoffeln eigentlich eine Warnung seien, diesen Teil der Knolle nicht zu verzehren. Die gentechnische Veränderung verhindere nur das Bräunen, verberge also die verdorbenen Stellen, so dass diese mitgegessen würden – mitsamt den darin enthaltenen Giftstoffen.

Das veröffentlichte der Gentechnik-Ingenieur Caius Rommens in seinem Buch „Pandora’s Potatoes“ und parallel dazu in mehreren ausführlichen Interviews. Er hat selbst 15 Jahre Gentechnik-Kartoffeln entwickelt, darunter einige Sorten, die keine braunen Flecken bekommen. Diese sind inzwischen in den USA, Kanada und Japan als Lebensmittel zugelassen. 2013 verließ Rommens das von ihm geleitete Entwicklungslabor bei Simplot und arbeitet seither als konventioneller Kartoffelzüchter.

Quelle: <https://www.keine-gentechnik.de/nachricht/33452/#gsc.tab=0> 25.10.18

Glyphosat ist bienenschädlich

Der Herbizidwirkstoff Glyphosat ändert die Darmflora von Bienen und macht die Tiere anfälliger für Infektionen. Das haben Wissenschaftler der Universität von Texas herausgefunden. Bisher galt Glyphosat als ungefährlich für Bienen.

Die texanischen Forscher entnahmen einem Bienenvolk Arbeiterinnen und fütterten sie fünf Tage lang mit glyphosathaltigem Zuckersirup. Dabei entsprachen die Konzentrationen des Wirkstoffs mit fünf und zehn Milligramm je Liter solchen, die in der Umwelt vorkommen und denen Bienen beim Sammeln ausgesetzt seien, schrieben die Forscher. Auch die erlaubten Glyphosathöchstmengen für Getreide in Futter- und Lebensmitteln liegen übrigens in dieser Größenordnung. Die Wissenschaftler beobachteten, dass sich durch die Glyphosataufnahme die Zusammensetzung der Darmflora bei den Bienen deutlich änderte und ein als besonders nützlich angesehenes Bakterium drastisch reduziert wurde. Sie infizierten die Bienen mit einem in Bienenstöcken weit verbreiteten Krankheitserreger und stellten fest, dass die Glyphosat-Bienen viermal häufiger an der Infektion starben als unbehandelte Bienen. Auch den Wirkmechanismus konnten sie erklären. Glyphosat blockiert in Pflanzen ein Enzym namens EPSPS, das für die Synthese bestimmter Aminosäuren benötigt wird. Dadurch welken die Pflanzen und sterben ab. Auch einige Darmbakterienarten brauchen dieses Enzym in ihrem Stoffwechsel und reagieren deshalb empfindlich auf Glyphosat.

Bereits im Juli erschien eine chinesische Studie, die zeigte, dass Bienenlarven langsamer wuchsen und häufiger starben, wenn sie mit dem Futter Glyphosat erhielten. Schon länger bekannt ist, dass Glyphosat den Orientierungssinn von Bienen beeinträchtigt.

Quelle: <https://www.keine-gentechnik.de/nachricht/33404/#gsc.tab=0> 27.9.18

UN Welternährungsbericht

Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Zahl der Hungernden im Jahr 2017 im zweiten Jahr in Folge gestiegen. Mit 821 Millionen Menschen ist die Zahl der Hungernden fast so hoch wie vor zehn Jahren. Als eine der Hauptursachen für die Nahrungsmittelkrisen werden die „komplexeren, häufigeren und stärkeren Klimaextreme“ genannt. „Bäuerinnen verlieren aufgrund von Klimaextremen ihre Ernte, Viehhalter ihre Tiere.

Quelle: OXFAM, http://www.sonnenseite.com/de/politik/oxfam-inkohaerente-politik-deutschlands-traegt-zum-hunger-bei.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20September%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 11.9.18

jedes vierte Pestizid in EU hat nur eine Ausnahmegenehmigung

Fast jedes vierte Pestizid wird in der EU per Ausnahmegenehmigung zugelassen – und das nur, weil Behörden zu langsam arbeiten. Darunter befinden sich auch hochtoxische Stoffe, die unter Verdacht stehen, schwere Gesundheitsschäden zu verursachen oder krebserregend zu sein. 112 von insgesamt 489 Stoffen sind demnach aktuell nur mit einer Zulassungsverlängerung, also ohne die sonst vorgeschriebene abgeschlossene Neuprüfung zu Wirkung und möglicher Giftigkeit des Stoffes, auf dem Markt.

Einige Stoffe dürften laut Aussage von Fachleuten im Regelverfahren nicht mehr auf den Markt gelangen. „Diese Stoffe sind meines Erachtens überhaupt nicht mehr zulassungsfähig, weil sie extrem humantoxisch sind, für die Menschen giftig sind, und weil sie auch extrem toxisch für die Umwelt sind“, sagt der Toxikologie Hermann Kruse (ehem. Uni Kiel). Dabei handele es sich um Stoffe, „die das Nervensystem der Menschen angreifen und zum Teil auch im Verdacht stehen, krebserzeugend zu sein. Größtenteils sind sie toxisch für das Nervensystem, aber andere sind auch wiederum toxisch auf Leber und Niere. Das heißt also, viele Organe sind von einigen Verbindungen betroffen und - was das Schlimmste ist - es gibt eben auch Hinweise aus dem Tierexperiment, dass einige dieser Stoffe auch eine Krebs erzeugende Wirkung haben.“

Wie Parkinson und der Einsatz von bestimmten Pestiziden zusammenhängen, erforscht Beate Ritz, Professorin an der University of California schon seit Jahren. Ihre Grundlage ist eine einzigartige Datenbasis, die bis in die 70er Jahre zurückreicht. Prof. Beate Ritz, University of California: „Wenn man das sich anschaut, also die Studien in Frankreich, die Studien, die ich in Kalifornien gemacht habe, die Studien die anderweitig in den USA und weltweit gemacht wurden zu Parkinson und Pestiziden, aber auch die toxikologischen Studien, die Tierversuche, dann würde ich sagen: es ist absolut gerechtfertigt, das als Berufserkrankung anzuerkennen.“

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/tipps/monitor-hochgiftig-und-trotzdem-zugelassen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202024.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 19.11.18,

Monitor <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-monitor-vom--226.html>

giftige Sulfonylharnstoffe in Pestizid-Aerosolen

Diabetes Medikamente werden umfangreich in der Landwirtschaft als Herbizide eingesetzt. Sulfonylharnstoffe bewirken beim Menschen die Stimulierung gesunder Inselzellen und dadurch zu künstlicher Insulinausschüttung. Die Folge ist eine Unterzuckerung und erneutes Hungergefühl obwohl man satt sein müsste. Die Inselzellen werden bei Stimulierung zerstört. Diabetikern wird diese Nebenwirkung bekannt sein, denn wenn alle Inselzellen zerstört sind, müssen sie Insulin zuführen.

Sulfonylharnstoffe werden über die Atemluft aufgenommen Bei der Ausbringung von Pestiziden driften der größte Anteil der Pflanzenschutzmittel in die Atmosphäre ab. Über die Atemluft aufgenommene Umweltgifte wirken erheblich stärker als oral verabreichte und lassen dem Bürger keine Wahlfreiheit.

Sulfonylharnstoffe sind auf die Fläche bezogen das am meisten eingesetzte Herbizid. Die Sulfonylharnstoffe im Unkrautvernichtungsmittel "Nicosulfuron" wirken inhalativ etwa 3500 mal toxischer, als oral verabreichtes Antidiabetikum "Glibenclamid".

In den letzten 30 Jahren verzeichnen Forscher einen deutlichen Anstieg von Diabetes Erkrankungen bei Kleinkindern. Betroffene vom Typ-I dürfen Sulfonylharnstoffen niemals exponiert werden.

Sulfonylharnstoffe deaktivieren die "Acetaldehyde dehydrogenase". Acetaldehyd, ein Fuselalkohol, entsteht bei der Verdauung von Alkohol und Kohlenhydraten. Acetaldehyd ist toxisch, es ist von der IARC als human-krebserzeugend eingestuft und führt über die vermehrte Bildung von

Sauerstoffradikalen (oxidativer Stress) u.a. zu DNA-Brüchen, Zellschädigungen und Fettstoffwechselstörungen. Aufgrund dieser heftigen Nebenwirkungen spielen Sulfonylharnstoffe als Diabetes-Medikamente kaum noch eine Rolle, werden aber in Massen auf unsere Äcker versprüht.

Sulfonylharnstoffe schädigen umgekehrt proportional zur Gesundheit des Menschen. Je gesünder der Organismus, desto größer die Giftwirkung. Bei „üblicher“ Anwendung besteht keine akute Todesgefahr jedoch akute und nachhaltige Gesundheitsgefahr. Die Schädigungen an der Acetaldehyd-Dehydrogenase und der Inselzellen verlaufen schmerzfrei.

Quelle: http://www.umweltbund.de/pestizidfrei_leben.htm

Küstenerosion in der Arktis verstärkt die globale Erwärmung

Wissenschaftlern des Alfred-Wegener-Instituts ist es jetzt gelungen vor der Küste des Ochotskischen Meeres im Osten Russlands nachweisen, dass vor mehreren Tausend Jahren aus Permafrostböden in der Küstenregion große Mengen an Kohlendioxid freigesetzt wurden – und dass die Ursache dafür der Meeresspiegelanstieg gewesen ist. Bekannt ist heute, dass es vor rund 11.500, 14.600 und 16.500 Jahren jeweils zu einem deutlichen und raschen Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre kam.

Beim Permafrost handelt es sich um Böden, die ganzjährig bis zu mehrere Hundert Meter tief gefroren sind, einige davon seit der letzten Eiszeit vor rund 20.000 Jahren oder sogar noch länger. Diese Böden konservieren wie eine Kühltruhe riesige Mengen abgestorbener Biomasse, vor allem aus Pflanzen. Taut der Permafrost auf, werden Bakterien aktiv, die die uralte Biomasse abbauen und durch ihren Stoffwechsel die Treibhausgase Kohlendioxid und Methan freisetzen.

Wir haben Sedimentproben am Grunde des Ochotskischen Meeres genommen und diese untersucht. Tatsächlich konnten die Forscher tief in den Sedimenten Nachweise auf pflanzliche Überreste finden, die sich am Grunde des Meeres abgelagert haben. Diese waren viele Tausend Jahre älter als die Ablagerungen in der Umgebung. Damit war klar, dass sie aus sehr altem Permafrostboden stammen mussten, der aus irgendeinem Grund plötzlich aufgetaut war. Besonders viele dieser alten Pflanzenreste wurden vor 11.500, 14.600 und 16.500 Jahren ins Meer gespült. Der Amur jedoch zeigte zu diesen Zeiten keine deutlich erhöhten Abflussraten. Vor 11.500 und vor 14.600 Jahren dürfte der Abtrag an arktischem Permafrost rund 50 Prozent zur Kohlendioxidzunahme beigetragen haben, vor 16.500 Jahren immerhin zu einem Viertel.

Diese Küstenerosion ist in Klimamodellen bislang nicht ausreichend berücksichtigt ist.

Quelle Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI)

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/kuestenerosion-in-der-arktis-verstaerkt-die-globale-erwaermung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20September%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 15.9.18

Arktischer Ozean verliert überdurchschnittlich viel Meereis

Die Ausdehnung des arktischen Meereises schrumpft auf ein Jahresminimum von 4,4 Millionen Quadratkilometer, dem sechstkleinsten Wert seit Beginn der Messungen im Jahr 1979. Bei ihrer Analyse berufen sich die deutschen Forscher auf Satelliten-Eiskonzentrationsdaten des Instituts für Umweltphysik der Universität Bremen, dessen Daten im Informations- und Datenportal meereisportal.de verwendet werden. Die aktuellen Eiskonzentrationskarten zeigen, dass sich das arktische Meereis in diesem Sommer vor allem im ostatlantischen Sektor und in den russischen Schelfmeeren weit Richtung Norden zurückgezogen hat.

Quelle: Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI)

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/arktischer-ozean-verliert-ueberdurchschnittlich-viel-meereis.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20September%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 14.9.18

Eisschmelze beschleunigt sich

Von Grönland fließt so viel Schmelzwasser ins Meer ab, wie es nie in den vergangenen 300 Jahren passierte, zeigt eine neue Studie. Und selbst in der Ostantarktis, die bislang als stabil angesehen wurde, schmilzt das Eis.

Im Falle Grönlands hatten Forscher um Luke Trusel von der Abteilung für Geologie und Geophysik an der Woods Hole Oceanographic Institution in den USA Eisbohrkerne von Gebieten entnommen, die mehr als 1.800 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Da in diesen höheren Lagen das Schmelzwasser nicht in den Ozean abfließt, sondern Jahr für Jahr im Winter wieder gefriert, konnten die Forscher diesen Prozess bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Denn die jährliche Eisschmelze hatte sich in Form von Eisbändern in Schichten gestapelt.

Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts begann demnach die Eisschmelze zuzulegen – parallel zur beginnenden Industrialisierung. Von der natürlichen Variabilität aber hebt sich dieser Prozess erst seit etwa 20 bis 30 Jahren ab. Die jüngsten Schmelzraten seien im historischen Kontext äußerst ungewöhnlich: Sie liegen auf Rekordhöhe.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/erdsystem/eisschmelze-beschleunigt-sich> 21.12.18

Sonderbericht „Global Warming of 1.5 °C“ des Weltklimarats (IPCC)

Menschliche Aktivitäten haben Schätzungen zufolge etwa 1,0 °C globale Erwärmung über vorindustrielle Werte verursacht, mit einer wahrscheinlichen Bandbreite von 0,8 °C bis 1,2 °C. Die globale Erwärmung erreicht 1,5 °C wahrscheinlich zwischen 2030 und 2052, wenn sie mit der aktuellen Geschwindigkeit weiter zunimmt.

Die Erwärmung durch anthropogene Emissionen seit vorindustrieller Zeit bis heute wird für Jahrhunderte bis Jahrtausende bestehen bleiben und wird weiterhin zusätzliche langfristige Änderungen im Klimasystem bewirken, wie zum Beispiel einen Meeresspiegelanstieg und damit verbundene Folgen.

Alle Pfade, welche die globale Erwärmung mit begrenzter oder ohne Überschreitung auf 1,5 °C begrenzen, projizieren die Nutzung von Kohlendioxidentnahme (carbon dioxide removal, CDR) in einer Größenordnung von 100 – 1.000 Gt CO₂ im Verlauf des 21. Jahrhunderts. CDR würde genutzt werden, um verbleibende Emissionen auszugleichen, und um – in den meisten Fällen – netto negative Emissionen zu erzielen, um die globale Erwärmung nach einem Höchststand wieder auf 1,5 °C zurückzubringen. Der Einsatz von CDR für mehrere hundert Gt CO₂ unterliegt vielfältigen Einschränkungen bezüglich Machbarkeit und Nachhaltigkeit. Bedeutende Emissionsminderungen in der nahen Zukunft und Maßnahmen zur Senkung von Energie- und Landbedarf können den CDR-Einsatz auf ein paar hundert Gt CO₂ begrenzen, ohne Abhängigkeit von Bioenergie mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (bioenergy with carbon capture and storage, BECCS)

Inzwischen ist ein Anstieg von Extremwetter wie Hitzewellen, Trockenheit und starken Niederschlägen zu bemerken, der sich bis zur Erwärmung von 1,5 Grad noch vergrößern wird. Das Risiko solcher Ereignisse steigt von moderat zu hoch an. In manchen Gegenden der Welt könnten Hitze und Luftfeuchtigkeit die Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit überschreiten.

Den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist rechnerisch noch möglich. Geht die augenblickliche Entwicklung jedoch ungebremst weiter, wird die Schwelle von 1,5 Grad Erwärmung bereits gegen 2040 erreicht, womöglich sogar schon 2030.

Eine Erwärmung von 1,5 Grad ist mit deutlich geringeren Risiken verbunden als eine von zwei Grad. Zum Beispiel steigt der Meeresspiegel dann um zehn Zentimeter weniger, was etwa zehn Millionen Menschen aus der Gefahrenzone nimmt. Mehrere hundert Millionen Bewohner von Entwicklungsländern weniger stehen unter dem Risiko, in die Armut zu rutschen. Der Fischfang geht nicht so stark zurück, was vor allem lokalen Fischern in den Tropen nützt.

Die viel diskutierten technischen Verfahren, CO₂ aus der Luft zu entfernen, sind unerprobt, teilweise unreif und womöglich unakzeptabel für die Gesellschaften. Ob diese sogenannten CDR-Methoden (Carbon Dioxide Removal) die Erde nach einer Erwärmung von 1,7 Grad oder mehr wieder ausreichend abkühlen können, ist unklar. Wird CO₂ mit großen Plantagen von Energiepflanzen aus der Atmosphäre entnommen, die Biomasse verbrannt und dabei das wieder entstehende Kohlendioxid aufgefangen und verpresst (diese Technik heißt BECCS (Bioenergy with CCS) ist weiterhin die einzige Technik, die in der vom IPCC ausgewerteten Literatur eine nennenswerte Rolle spielt. Anlagen, die CO₂ direkt aus der Atmosphäre entnehmen und entsorgen, werden erst entwickelt: Sie haben inzwischen eine Dimension erreicht, dass sie in einigen Jahren eine Million Tonnen pro Jahr umsetzen; die nötige Größenordnung beträgt jedoch Milliarden Tonnen. Der Energiebedarf dieser DAC-Technologie (direct air capture) dürfte gewaltig sein.

Quelle: <http://www.dgs.de/news/en-detail/121018-sonderbericht-global-warming-of-15c-des-weltklimarats-ipcc/> 12.10.18
www.spektrum.de/news/die-wichtigsten-jahre-der-geschichte/1597138

Derzeit liegt die weltweite Durchschnittstemperatur rund ein Grad über jener der vorindustriellen Zeit - und steigt pro Jahrzehnt um 0,17 Grad an.

Das passiert bei 1,5 Grad Erderwärmung:

Erwärmt sich die Erde bis Ende des Jahrhunderts nur noch um ein weiteres halbes Grad, bleibt ein Teil des Eispanzers von Grönland möglicherweise erhalten. Der Meeresspiegel wird in diesem Fall bis 2100 rund 40 Zentimeter steigen.

Die Korallenbleiche und damit das eventuelle Absterben nimmt zwar zu, aber ein Drittel der Korallenriffe weltweit könnte überleben. Die Chemie der Ozeane aber wird empfindlich gestört. Auch den Menschen erwarten gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Hitzestress, Unterernährung sowie Durchfallerkrankungen und Infektionen. Über 100 Millionen Menschen mehr werden wegen steigender Lebensmittelpreise in Armut leben.

Das passiert bei zwei Grad Erderwärmung:

Bei zwei Grad Erwärmung wird der Meeresspiegel bis zum Jahr 2100 um 50 Zentimeter steigen. 99 Prozent der Korallenriffe sind dann vom Absterben bedroht. Starke Stürme und Wetterextreme nehmen zu.

Mindestens einmal alle zehn Jahre wird der arktische Ozean dann völlig eisfrei sein. Es droht ein unumkehrbarer Abschmelzprozess der Eisschilde in Grönland und der westlichen Arktis. Bleibt es bei 1,5 Grad, würde der arktische Ozean nur einmal alle 100 Jahre komplett abschmelzen.

20 bis 30 Prozent der Tier- und Pflanzenarten sind in einem Zwei-Grad-Szenario vom Aussterben bedroht. Bis zu zwei Milliarden Menschen leiden unter Wasserknappheit. In Nordafrika und im Nahen Osten schrumpfen die Wasserressourcen um rund 20 Prozent.

Auch die Ernteeinbußen nehmen zu: In Zentralamerika und Westafrika wird die Mais- und Weizenernte doppelt so stark schrumpfen wie bei einem 1,5-Grad-Szenario.

Das passiert bei drei bis vier Grad Erderwärmung:

Dann steigt der Meeresspiegel bis 2100 um mehr als einen halben Meter. Gebiete und Orte in Küstennähe werden überflutet. Rund eine Milliarde Menschen ist davon direkt betroffen, darunter die Bewohner von Bangladesch, New York, Mumbai, Shanghai und auch Hamburg.

Wetterextreme nehmen deutlich zu. Bis zu zwei Milliarden Menschen haben nicht mehr genug Wasser zur Verfügung. Zudem steigt die Belastung durch Mangelernährung, Infektionen sowie Erkrankungen von Herz und Atmungsorganen.

Was, wenn es mehr als vier Grad werden?

Wenn die Erderwärmung sogar über die Vier-Grad-Marke steigt, können sich Pflanzen, Tiere, und der Mensch nicht mehr anpassen: Das komplette biologische System ist überfordert. Ein weltweites Artensterben ist die Folge - vor allem in Feuchtgebieten, Wäldern und im Meer.

Rund 3,2 Milliarden Menschen sind von steigender Wasserknappheit bedroht, etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung durch Überschwemmungen gefährdet. Der Meeresspiegel steigt um rund einen Meter, flache Inselstaaten werden damit verschwinden.

Damit es nicht so weit kommt, ist rasches Handeln der Politik gefragt. Es gibt aber auch Möglichkeiten, wie jeder Einzelne von uns das Klima schützen und mithelfen kann, die Erde zu retten.

Quelle: www.gmx.net/magazine/wissen/tiere/klimawandel-erderwaermung-grad-katastrophal-33199976 8.10.18

UN-Klimakonferenz in Kattowitz und zum neuen IPPCC-Report

Klimaforscher **Mojib Latif** (Uni Kiel): Ja, das kann man so sagen. Wenn man sich alleine den Gehalt an Kohlendioxid (CO₂) in der Luft ansieht, dann steigt der Jahr für Jahr. Er erreicht immer neue Höchstwerte. Wir fahren genau in die verkehrte Richtung: Nicht in Richtung Senkung der Treibhausgas-Emissionen, sondern weiter in Richtung Verstärkung der Treibhausgas-Emissionen. Beim Kohlendioxid geht es nicht um Smog. Dieses Gas ist unsichtbar und es hat heute schon einen Wert in der Atmosphäre erreicht, den hat es nie gegeben, seit es Menschen auf diesem Planeten gibt.

Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/un-klimakonferenz-dieser-durchbruch-kommt-einfach-nicht.694.de.html?dram:article_id=434844 3.12.18

Latif: Völlig will ich nicht sagen. Wir haben ja immerhin den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990 um fast 30 Prozent schon gesenkt. Aber es geht alles nicht schnell genug. Der Verkehrssektor ist immer noch ein Sektor, der einzige Sektor bei uns in Deutschland, bei dem die Treibhausgas-Emissionen immer noch wachsen. Es läuft in Skandinavien deutlich besser. Dort werden bessere Anreize geschaffen, denn ohne Anreize wird es nicht passieren. In Oslo gibt es beispielsweise eine City-Maut. Das heißt, man darf da gar nicht reinfahren, aber mit einem Elektroauto darf man reinfahren. Man darf sogar die Busspur benutzen.

Die historische Verantwortung, die bemisst man nach dem kumulativen Ausstoß, und da, muss man sagen, haben alleine die Amerikaner 25 Prozent des CO₂ in die Luft geblasen, was wir heute dort messen, die Europäer auch noch mal 25 Prozent. Das sind schon 50 Prozent. Wenn wir diese Rechnung aufmachen, dann haben die Chinesen „nur“ bisher zwölf Prozent in die Atmosphäre geblasen von dem, was wir da oben messen. Das zeigt auch, wie die Konfliktlinien in der internationalen Politik verlaufen.

Die Amerikaner pochen darauf, dass die Chinesen derzeit die größten Verursacher sind, vor den USA, und die Chinesen sagen aber, die historische Verantwortung liegt nicht bei uns, sondern die liegt bei den USA. Da wäre es so wichtig, dass es Länder gibt, die vorangehen und zeigen, dass Wirtschaft, Ökonomie und Ökologie zusammengehören und dass man letzten Endes die Zukunft auch nur gestalten kann und damit auch den Wohlstand sichern kann, wenn man beides macht.

Quelle: www.deutschlandfunk.de/erderwaermung-es-wird-viel-ueber-klimaschutz-gesprochen.694.de.html?dram:article_id=429947 8.10.18

Die Aufforstung wird meiner Meinung für den Klimaschutz überbewertet. Sie wird das Klimaproblem nicht lösen können. Denn es gibt bei der Aufforstung auch Effekte, die erwärmend wirken. Der Nettoeffekt könnte recht klein sein. Das heißt aber nicht, dass es nicht auch positive Effekte der Aufforstung gäbe, etwa bezogen auf die Artenvielfalt.

Der IPCC sieht das sogenannte Geo-Engineering skeptisch, also den Versuch, die Sonneneinstrahlung auf die Erde zu vermindern oder das CO₂ zu binden – etwa durch Einbringen von Schwefelverbindungen in die Atmosphäre oder das Düngen von Algen in den Meeren mit Eisen. In den letzten Jahren wurde intensiv zu diesem Thema geforscht. Eine jüngst veröffentlichte

Studie einer Gruppe internationaler Wissenschaftler zeigt deutliche Defizite dieser Maßnahmen auf. Mit jeder dieser Methoden sind zahlreiche Unsicherheiten verbunden, was die Kosten, die Risiken für das Erdsystem und die Gesellschaft sowie das Kühlungspotenzial betrifft. Keine der vorgeschlagenen Geoengineering-Techniken könnte innerhalb der nächsten Jahrzehnte in globalem Maßstab eingesetzt werden. Es führt kein Weg an der massiven Verringerung der CO₂-Emissionen vorbei.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/erdsystem/die-1-5-grad-zu-halten-ist-praktisch-ausgeschlossen>

http://www.sonnenseite.com/de/politik/ipcc-sonderbericht-die-15-grad-zu-halten-ist-praktisch-ausgeschlossen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2013.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.10.18

Prof. Hans Joachim Schellnhuber (Gründungsdirektor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung): Immer noch setzen die Industrieländer auf fossile Brennstoffe. Schellnhuber fordert endlich eine für alle verbindliche CO₂-Steuer einzuführen. Die Energieverschwendung, meint Schellnhuber, sei eigentlich gar nicht Teil der abendländischen Kultur gewesen. Erst die Übernahme des amerikanischen Konsum- und Wachstumsdenkens nach dem Zweiten Weltkrieg habe das tradierte Nachhaltigkeits-Denken korrumpiert. Laut Immanuel Kants kategorischem Imperativ ist ein angestrebter Lebensstil ethisch nicht zu rechtfertigen, solange er nur sich selbst und den Eigenen zugestanden und anderen vorenthalten werden muss. Quelle: www.zdf.de/gesellschaft/precht/ist-die-erde-noch-zu-retten-100.html 8.10.18

Claudia Kemfert: In Kattowitz muss ein klarer Maßnahmen-Katalog für kollektives und schnelles Handeln entstehen. Die „Willigen und Handelnden“ sollten endlich beherzt lospreschen. Die Lösung ist denkbar einfach: Klimaschutz muss zur ‚Conditio sine qua non‘ werden, also zur Grundvoraussetzung für jegliches Abkommen. Es dürfte kein Handelsabkommen mehr ohne gemeinsame Klimaschutzabkommen geben. Durch ein solches Basis-Abkommen würde nicht nur das Grundgesetz des Klimaschutzes gelebt, sondern auch der Wettbewerb der Handelnden gesteigert. Das dürfte sich für alle Beteiligten lohnen: Klimaschutz-Kooperationen bringen enorme wirtschaftliche Chancen hervor, sie schaffen zukunftsweisende Investitionen für mehr Innovationen, moderne Industrie und eine nachhaltige Wirtschaft.

Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/un-klimagipfel-in-kattowitz.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2001.%20Dezember%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 1.12.18

Elmar Kriegler vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), einer der Autoren des aktuellen IPCC-Sonderberichts: Der Bericht des IPCC zeigt auf, dass uns das 1,5-Grad-Ziel, welches in Paris verwundbaren Bevölkerungen Grund zur Hoffnung gegeben hat, gerade durch die Finger gleitet. Wenn die internationale Staatengemeinschaft nicht sofort massiv zupackt, ist dieses Ziel nicht mehr zu erreichen. Eine im Bericht meines Wissens nicht zitierte Studie fand letztes Jahr eine einprozentige (1 Prozent) Wahrscheinlichkeit, dass die Erwärmung bei einer Fortsetzung der bisherigen Trends bei 1,5°C bleiben würde.

Helmut Haberl vom Institut für Soziale Ökologie Wien der Alpen-Adria Universität Klagenfurt: „Der Bericht zeigt sehr anschaulich, wie groß der Unterschied in den Auswirkungen von 1,5°C und 2,0°C Erwärmung ist. Das Risiko einer massiven Freisetzung von CO₂ durch großflächiges Auftauen von Permafrostböden ist bei zwei Grad erheblich höher. Das Gleiche gilt für das Risiko eines galoppierenden Meeresspiegel-Anstiegs, weil große Eisschilde (Antarktis, Grönland) instabil werden. Die nun vorliegende Bewertung der aktuellen Forschung zeigt auch, wie wichtig Nicht-Linearitäten im Erdsystem sind: 2,0°C statt 1,5°C ist nicht einfach ein bisschen wärmer. Es führt zu qualitativen Veränderungen in vielen Systemen und zu einem deutlich höheren Risiko nicht

beherrschbarer Kipp-Effekte. Bei einer Erwärmung über 2,0°C oder einem deutlichen ‚overshoot‘ über 1,5°C oder 2,0°C wären diese Risiken noch wesentlich größer.“

Linda Schneider, Referentin für Internationale Klimapolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung ergänzt: „Die Potentiale hocheffektiver, nicht-wachstumsbasierter Klimaschutzmaßnahmen werden vorneherein verschenkt, wenn sie in den Modellszenarien des IPCC nicht einmal erwähnt werden. Dabei können zum Beispiel eine nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung, Agrarökologie oder eine echte Zero-Waste-Kreislaufwirtschaft einen gewaltigen Beitrag zu Emissionsreduktionen leisten und nebenbei die Funktionen natürlicher Senken stärken. Das zeigen auch zahlreiche Erfahrungen von konkreten Projekten und sektoralen Studien aus der ganzen Welt, die die Heinrich-Böll-Stiftung erst jüngst in einer Textkollektion vorgestellt hat.“

Die Studie steht als Download hier zur Verfügung. https://www.boell.de/sites/default/files/e-paper_wachstum_in_der_klimawissenschaft_ein_blinder_fleck_heinrich_boell_stiftung.pdf?dimension1=division_oen
http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/wachstum-in-der-klimawissenschaft-ein-blinder-fleck.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2006.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 4.10.18

Am Tag nach der IPCC-Veröffentlichung setzte sich die Bundesregierung massiv für eine nicht zu hohe Emissionsreduzierung bei Neufahrzeugen ab 2020 ein, nur 30% sollten es sein. 20 der 28 EU-Mitgliedstaaten wollten jedoch 40%. Das Ergebnis war, dass 20 EU-Staaten für einen Kompromiss von 35% stimmten und vier Staaten dagegen votierten, vier weitere enthielten sich. Die Basis für die künftige Reduzierung sind 95 Gramm Kohlenstoffdioxid pro Kilometer, die Neuwagen im Flottendurchschnitt ausstoßen dürfen. Hier wird wieder mal deutlich, dass zwischen Wahlreden und politischem Handeln eine gigantische Lücke klafft.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/klima-zwischen-problem-und-antwort-klafft-eine-grosse-luecke.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2013.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 13.10.18

Hohe Steuern und technologische Innovationen werden helfen, aber sie werden nicht ausreichen. Der einzige realistische Versuch, den die Menschheit hat, um den ökologischen Zusammenbruch abzuwenden, ist die Einführung von Höchstgrenzen der Ressourcennutzung, wie sie der Ökonom **Daniel O'Neill** kürzlich vorgeschlagen hat. Nur solche Obergrenzen, die von den nationalen Regierungen oder durch internationale Verträge durchgesetzt werden, könnten sicherstellen, dass wir nicht mehr aus dem Land und den Meeren gewinnen, als die Erde natürlich regenerieren kann. Wir könnten auch das BIP als Indikator für den wirtschaftlichen Erfolg ablegen. Der Genuine Progress Indicator (GPI) ist ein Wirtschaftsindikator, der an Stelle des BIP eine bessere Einschätzung der Leistung von Volkswirtschaften erlauben soll. Er ist aus dem früheren Index des nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstands (Abkürzung ISEW von englisch Index of Sustainable Economic Welfare) hervorgegangen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/warum-wachstum-nicht-gruen-sein-kann.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Oktober%20%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 22.10.18

Jason Hickel "Why Growth Can't Be Green - New data proves you can support capitalism or the environment—but it's hard to do both" <https://foreignpolicy.com/2018/09/12/why-growth-cant-be-green/>

Germanwatch: Das auf der Weltklimakonferenz in Katowice (COP 24) vereinbarte Regelbuch ist eine solide Grundlage für die weltweite Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Aber zur

Abwendung der Klimakrise kommt es nun darauf an, dass alle Staaten deutlich mehr politischen Willen zur zügigen Umsetzung des Pariser Abkommens zeigen.

Das Ergebnis sei vor allem der Verdienst der ärmsten und durch die Klimakrise verletzlichsten Entwicklungsländer, die sich für starke Beschlüsse eingesetzt haben. Auch Deutschland hat durch seine Finanzzusagen und sein Auftreten innerhalb der sogenannten High-Ambition-Koalition von Industrie- und Entwicklungsländern zu diesem Ergebnis konstruktiv beigetragen.

Ohne den Widerstand der USA und Saudi-Arabiens wären hier noch eindeutiger Beschlüsse möglich gewesen. Vor dem Hintergrund des Sonderberichts des Weltklimarats zu 1,5 Grad wird von allen Ländern erwartet, jetzt ihre Klimaziele für 2030 nachzuschärfen.

In den Umsetzungsregeln für das Pariser Klimaabkommen ist es gelungen, einheitliche Vorgaben für alle Länder zur Vergleichbarkeit der nationalen Klimabeiträge und zu den Berichten über ihre Umsetzung zu verankern. Zudem gibt es Übergangsregeln für die Entwicklungsländer, denen bislang die notwendigen Kapazitäten dafür fehlen.

Der Versuch Brasiliens, riesige Schlupflöcher zu schaffen, konnte abgewehrt werden. Brasilien wollte, dass der internationale Emissionshandel nicht im Transparenzregime berücksichtigt wird. Die Regeln zur Berichterstattung über geplante und geleistete Klimafinanzierung schaffen mehr Planungssicherheit für die Entwicklungsländer. Es ist widersinnig, wenn Kredite mit ihrer Gesamtsumme genauso gezählt werden wie Zuschüsse; das muss in einigen Jahren dann verbindlich geregelt werden.

Ein Erfolg ist aus Sicht von Germanwatch, dass die Zukunft des erfolgreichen Anpassungsfonds, der bislang Teil des auslaufenden Kyoto-Protokolls war, nun auch unter dem Paris-Abkommen gesichert ist.

Die nächsten Klimakonferenz findet in Chile statt.

Quelle: Germanwatch <https://germanwatch.org/de/16125> 16.12.18

Der neue IPCC-Bericht fordert, dass die weltweiten CO₂-Emissionen schon bis 2030 um mindestens 45 bis 50 Prozent halbiert werden müssen. Doch China, der größte CO₂-Emittent des Planeten, will bis 2030 überhaupt kein CO₂ einsparen, sondern die Emissionen weiter steigern. Die sollen ihren „peak“, ihre Spitze sogar erst 2030 erreichen, um danach abgebaut zu werden, heißt es in den „Intended Nationally Determined Contributions“ (INDC), der chinesischen Verpflichtungszusage im Paris-Abkommen.

Ähnlich sieht es in anderen Ländern aus: Die Türkei, eines der Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum weltweit, will auch erst in einigen Jahren anfangen, netto CO₂ zu verringern. Vorerst ist der Aufschluss neuer Braunkohle-Tagebaue geplant.

Auch Südafrika plant derzeit den Bau einiger der größten Kohlekraftwerke der Welt. Selbst ungeachtet der US-Entscheidung, aus dem Paris-Abkommen auszusteigen: Vor diesem Hintergrund erscheint die Erreichbarkeit des Zwischenziels – der Halbierung der globalen CO₂-Emissionen bis 2030 – völlig illusorisch.

Quelle: www.welt.de/wirtschaft/article181799776/Bericht-Weltklimarat-IPCC-1-5-Grad-Ziel-erscheint-utopisch.html?wtmc=socialmedia.twitter.shared.web

Als konkrete Maßnahmen mahnen die IPCC-Expertinnen an, den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids bis 2030 um 45 Prozent gegenüber dem Wert von 2010 zu reduzieren. Zur Jahrhundertmitte müsse der Ausstoß dann bei null liegen. Zudem müsse der Anteil erneuerbarer Energieträger bis zur Mitte des Jahrhunderts von derzeit etwa 20 Prozent auf mindestens 70 bis 85 Prozent gesteigert werden. Der Anteil der Kohle müsste möglichst auf null sinken. Die Kosten allein für diesen Umbau des Energiesektors dürften laut IPCC bis 2035 etwa 2,1 Billionen Euro betragen.

Neben der drastischen Reduzierung des Energieverbrauchs gehören dazu auch erhebliche Verhaltensänderungen wie eine Verringerung des Fleischkonsums oder der Abschied vom Verbrennungsmotor bei Autos. Für unverzichtbar halten die Autorinnen und Autoren negative

Emissionen durch sogenannte CDR-Verfahren (carbon dioxide removal), durch die der Atmosphäre Kohlendioxid in großen Mengen entzogen wird.

Quelle: www.zeit.de/wissen/umwelt/2018-10/weltklimarat-ipcc-duerre-sonderbericht-erderwaermung

Würde die Globaltemperatur allerdings die Zwei-Grad-Marke im Vergleich zur vorindustriellen Zeit erreichen, wüchse die Gefahr, dass sich unumkehrbare Klimaveränderungen in Gang setzen – von der Klimaforschung Kippelemente genannt. Dann würde das Risiko, dass die menschliche Zivilisation den veränderten Wetterprozessen hilflos ausgesetzt wird, auf 33 Prozent steigen, prognostizieren die Experten und Expertinnen des Weltklimarats.

Quelle: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2018-10/ipcc-bericht-weltklimarat-klimawandel/komplettansicht> 8.10.18

CO2-Uhr des MCC auf neusten Stand gebracht

Im Einklang mit dem jüngsten Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) über 1,5 Grad Celsius globale Erwärmung hat das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) seine CO2-Uhr auf den neusten Stand gebracht. Demnach können gerade einmal noch knapp 420 Gigatonnen (Gt) CO₂ in die Atmosphäre abgegeben werden, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen. Da die Welt jedoch jedes Jahr circa 42 Gt an CO₂ ausstößt – rechnerisch entspricht dies 1332 Tonnen pro Sekunde – dürfte dieses Budget in gut neun Jahren aufgebraucht sein. Das Budget von circa 1070 Gt für das Zwei-Grad-Ziel wird in etwa 26 Jahren erschöpft sein. Die CO₂-Uhr des MCC bildet damit den neuen allgemein wissenschaftlich anerkannten Stand der Forschung ab. Kurz vor der Veröffentlichung des IPCC-Sonderberichts war die Uhr, die das noch verfügbare Budget rückwärts herunterzählt, eigentlich abgelaufen. Das Update schließt jetzt jedoch unter anderem die neuen Abschätzungen über die bisher erfolgte Erwärmung mit ein und beruht auf einer breiteren Datenbasis, die nun auch Beobachtungen umfasst. Beim Klimaabkommen von Paris haben alle Staaten weltweit das Ziel beschlossen, die Erderwärmung im globalen Mittel auf deutlich unter 2 Grad Celsius (möglichst 1,5°C) im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Quelle: Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)
http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/co2-uhr-des-mcc-auf-neusten-stand-gebracht.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 9.11.18

Klimaökonom Nordhaus erhält Nobelpreis

Für seine ökonomische Forschung zum Klimawandel und dem daraus resultierenden Zwei-Grad-Ziel erhält William Nordhaus den Wirtschaftsnobelpreis. Ebenfalls ausgezeichnet wird der US-Ökonom Paul Romer für seine Arbeiten zur technologischen Innovation.

Pünktlich zur Veröffentlichung des IPCC-Sonderberichts, in dem der Weltklimarat vor drastischen und unumkehrbaren Folgen des Klimawandels warnt, geht der Wirtschaftsnobelpreis in diesem Jahr an die beiden US-Ökonomen William Nordhaus und Paul Romer. Vor allem Nordhaus gilt seit einigen Jahrzehnten als Experte für Umwelt- und Klimaökonomie. Ausgezeichnet wird er für die „Integration des Klimawandels in die langfristige makroökonomische Analyse“. Romer hat sich dagegen beim Thema des Wirtschaftswachstums einen Namen gemacht und wird daher für die „Integration von Innovation in die langfristige makroökonomische Analyse“ ausgezeichnet. Nordhaus stellte 1992 das Dynamisch Integrierte Klimaökonomie-Modell (DICE) vor, mit dem er zeigen konnte, dass die Einführung einer CO₂-Steuer ein effizientes Instrument der Klimapolitik sein kann. Damit verfasste er eine der meistzitiertesten Arbeiten, die sich mit marktbasierenden Instrumenten der Klimapolitik beschäftigen. In dem Modell wurde erstmals neben den klassischen

Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital auch der Faktor Energie mit einbezogen. Nordhaus hat es dann mit unterschiedlichen Klimamodellen kombiniert, um die Folgen der Wirtschaft auf die Klimaerwärmung zu ermitteln.

Paul Romer, der zweite Preisträger, ist vor allem für sein nach ihm benanntes Wirtschaftsmodell bekannt, das Wirtschaftswachstum durch technischen Fortschritt beschreibt. Dabei fließen Innovationen als endogene, also abhängige Variable ein und sind damit ein wesentlicher Bestandteil des Modells. Zuvor nahmen Ökonomen im Rahmen der neoklassischen Wachstumstheorie noch an, dass Wachstum nur durch die Akkumulation von physischem Kapital erreicht werden kann, bis ein langfristiges Gleichgewicht besteht.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/klimaoekonom-nordhaus-erhaelt-nobelpreis/> ,
http://www.sonnenseite.com/de/politik/pionier-des-zwei-grad-klimaziels-klimaoekonom-nordhaus-erhaelt-nobelpreis.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202013.%20Oktober%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
10.10.18

Mehr Extremwetter durch Störung der Luftströme in der Atmosphäre

Computersimulationen zeigen einen starken Anstieg von Ereignissen, bei denen die Wellenbewegungen des Jetstreams in der Atmosphäre aufhören sich weiter voran zu bewegen. Dadurch könnten Wetterextreme am Boden häufiger werden.

Computersimulationen zeigen einen starken Anstieg von Ereignissen, bei denen die Wellenbewegung des Jetstreams in der Atmosphäre aufhören, sich weiter vorwärts zu bewegen. Dadurch könnten Wetterextreme am Boden häufiger werden. Eine starke arktische Erwärmung reduziert den Temperaturunterschied zwischen dem Nordpol und den Subtropen, und dieser Unterschied ist ein wesentlicher Treiber des Jetstreams. Eine Verringerung der Luftverschmutzung in den Industrieländern könnte einen Teil der natürlichen Temperaturdifferenz zwischen den mittleren Breiten und der Arktis wiederherstellen.

Wenn die Westwinde aufhören, Wettersysteme voranzutreiben, halten diese länger an – aus ein paar sonnigen Tagen kann eine Hitzewelle werden, anhaltender Regen kann zu Überschwemmungen führen. Ein internationales Team von Wissenschaftlern führt das auf die vom Menschen verursachte Erwärmung speziell in der Arktis zurück.

Michael Mann von der Pennsylvania State University in den USA, Hauptautor der in Science Advances veröffentlichten Studie. "Wir sprechen dabei von quasi-resonanter Verstärkung planetarer Wellen, aber was das bedeutet, ist ziemlich einfach: Menschen werden wahrscheinlich häufiger extreme und potenziell gefährliche Wetterereignisse erleben." Solche planetarischen Wellenereignisse waren auch Ursache der verheerenden Waldbrände in Kanada 2016, der Überschwemmungen in Europa 2013 und der Hitzewelle in Russland 2010.

Quelle: Stefan Rahmstorf, Dim Coumou, Kai Kornhuber vom PIK,
http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/mehr-extremwetter-durch-die-stoerung-gigantischer-luftstroeme-in-der-atmosphaere.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202003.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
1.11.2018

Kohlekommission

Der Umweltrechtexperte Prof. Dr. Stefan Klinski (HWR Berlin) hat sich aus eigener Initiative zur aktuellen Debatte um den Ausstieg aus der Kohlenutzung zu Wort gemeldet und an die im Juni 2018 von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission gewandt. Diese verhandelt über Zeitplan, Rahmenbedingungen und Konditionen für den Ausstieg Deutschlands aus der Kohleverbrennung.

Der Ausstieg lässt sich aus rechtlicher Sicht unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit ohne jahrzehntelange Übergangsfristen realisieren, bei den meisten Kraftwerken innerhalb weniger Jahre – und das ohne Entschädigung. Auf Entschädigungsforderungen der Kraftwerks- oder Tagebaubetreiber wird sich der Staat allenfalls in besonders gelagerten Einzelfällen oder in geringem Umfang einlassen müssen.

Die Auswertung der Rechtslage zeigt, dass ein gesetzlich geordneter Ausstieg aus der Kohlenutzung weder verfassungs- noch europarechtlich ernstlichen Bedenken unterliegt. Den Klimaschutzziele kommt verfassungsrechtlich ein höheres Gewicht zu als den Interessen der Wirtschaftsakteure. Der Ausstieg lässt sich aus rechtlicher Sicht unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit ohne jahrzehntelange Übergangsfristen realisieren, bei den meisten Kraftwerken innerhalb weniger Jahre – und das ohne Entschädigung. Auf Entschädigungsforderungen der Kraftwerks- oder Tagebaubetreiber wird sich der Staat allenfalls in besonders gelagerten Einzelfällen oder in geringem Umfang einlassen müssen.

Der „Rechtswissenschaftliche Vermerk“ steht auf der Homepage der Gesellschaft für Nachhaltigkeit (GfN) zum Download zur Verfügung.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/baldiger-kohleausstieg-weitgehend-ohne-entschaedigung-moeglich.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202008.%20Dezember%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
3.12.18

Energieeffizienz bei Gebäuden

Der kostengünstigste und wahrscheinlichste Weg zu einem klimafreundlichen Wärme- und Heizsystem führt über größere Effizienzanstrengungen im Gebäudebereich und hier vor allem die Dämmung bestehender Gebäude. Derzeit wird jährlich etwa eines von hundert Bestandsgebäuden gedämmt, nötig für das Gelingen der Wärmewende ist eine Verdopplung. Die Alternative, ein flächendeckender Einsatz von synthetischen Brennstoffen, die aus erneuerbarem Strom erzeugt werden (Power-to-Gas/ Power-to-Liquid) als Ersatz für fossiles Erdgas und Heizöl ist kurzfristig kaum darstellbar und würde die deutschen Haushalte bis zu 8,2 Milliarden Euro im Jahr mehr kosten als der Effizienz-Pfad. Dies zeigt eine Studie im Auftrag von Agora Energiewende und der European Climate Foundation. Sie untersucht, wie sich am kostengünstigsten das Ziel erreichen lässt, die Treibhausgasemissionen der Gebäude in Deutschland bis 2030 von derzeit jährlich 130 Millionen Tonnen CO₂ auf 70 Millionen Tonnen CO₂ zu vermindern. Die Studie identifiziert effiziente Gebäude als Grundlage für den Einsatz der gesamten Palette an Technologieoptionen in der Wärmeversorgung – von Wärmepumpen und Wärmenetzen über solarthermische Anlagen bis zum Einsatz von Power-to-Gas.

Die Wärmewende gelingt nur, wenn alle Technologien flächendeckend zum Einsatz kommen und zwar in effizienten Gebäuden. Dafür ist eine ambitionierte Effizienzpolitik die Voraussetzung“, sagt Dr. Patrick Graichen, Direktor von Agora Energiewende. Energieeffiziente Gebäude vermindern den Aufwand für Energieerzeugung und -verteilung. Eine klimapolitische Sackgasse ist hingegen der alleinige Einsatz von synthetischen Brennstoffen, ohne zuvor den Energieverbrauch des Gebäudebestands gesenkt zu haben. Denn dazu sind diese Brennstoffe zu knapp und zu teuer. Zudem dürften sie langfristig in erheblichen Mengen in der Industrie sowie im Güter- und Luftverkehr benötigt werden.

Quelle: Agora Energiewende, http://www.sonnenseite.com/de/energie/klimafreundlich-heizen-warum-es-ohne-daemmen-nun-mal-nicht-klappt.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20November%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 6.11.18

Auswirkungen von Gesichtserkennung

Das New Yorker Forschungsinstitut AI Now hat seinen Jahresbericht veröffentlicht und macht darin Gesichtserkennung als ein Schlüsselproblem für die Zukunft aus. Zur Regulierung von Künstlicher

Intelligenz empfehlen die Forscher das genaue Gegenteil von dem, was die Bundesregierung plant.

2018 war auch das Jahr, in dem automatisierte Gesichtserkennung mächtig Fahrt aufnahm. Nach Amazon bieten jetzt auch Facebook und Microsoft die Technologie als Dienstleistung an, die sich jeder mit genug Geld einkaufen kann. In den USA arbeiten bereits die Polizeibehörden von Orlando und New York mit einer solchen Software. In Deutschland nutzt neben dem Bundeskriminalamt zum Beispiel auch Hamburg Software zur automatisierten Gesichtserkennung. Am Berliner Bahnhof Südkreuz läuft die zweite Phase eines Pilotprojektes zur „intelligenten Videoüberwachung“.

Besondere Sorgen machen sich die Forscher auch um die so genannte „Affekterkennung“, eine Unterkategorie der Gesichtserkennung, die behauptet, mit Hilfe von Fotos oder Videos Aussagen über die Persönlichkeit, die Gefühlslage oder die Motivation einer Person treffen zu können. Es soll ein deutsches „Observatorium für künstliche Intelligenz“ eingerichtet werden, das die Verbreitung und Auswirkungen von KI beaufsichtigen soll, vor allem in Hinblick auf Arbeit.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2018/kuenstliche-intelligenz-bericht-warnt-vor-den-auswirkungen-von-gesichtserkennung/> 11.12.18

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Wegen-Google-Gebuehr-Google-News-wird-in-Spanien-geschlossen-2487007.html>

Das Leistungsschutzrecht

Die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten arbeiten an der Einführung eines europaweiten Leistungsschutzrechtes nach deutschem Vorbild. Doch kann in Europa funktionieren, was in Deutschland nie so recht klappte? Das Gesetz, das die Internetkonzerne in Deutschland zur Finanzierung von (journalistischen) Inhalten zwingen sollte, bleibt bis zum heutigen Tag ein Streitpunkt. Die Bundesregierung gibt auch fünf Jahre nach Einführung des Leistungsschutzrechts auf die Frage, ob das Gesetz auch sinnvoll ist, nur eine ausweichende Antwort. „Eine abschließende Bewertung ist nach wie vor nicht möglich. Die am 1. August 2013 in Kraft getretene Regelung ist auch heute noch umstritten“, heißt es in der schriftlichen Antwort der Bundesjustizministeriums.

Vor fünf Jahren führte die damals noch schwarz-gelbe Bundesregierung in Deutschland das Leistungsschutzrecht für Presseverleger ein. Dieses sollte den Verlagen einen Anteil an den Werbeeinnahmen sichern, die Google und andere Plattformen mit Anzeigen rund um Links zu verlegerischen Angeboten verdient. Doch das ganze klappte nie so recht, denn die Verlage knickten rasch nach Einführung vor Google ein und erlaubten dem Konzern, Verlagsinhalte auf Google News und anderen Suchseiten kostenlos darzustellen. Für die Verlage war die Angst zu groß, von Google aus dem Index gestrichen zu werden und damit Besucher auf den eigenen Webseiten zu verlieren.

Der CDU-Politiker Axel Voss, der die Reform des EU-Urheberrechtes im Europaparlament seit Comodinis Abgang aus dem Europaparlament federführend verhandelt, drängt inzwischen sogar auf eine Verschärfung des Leistungsschutzrechts.

Das Gesetz könnte nun bald Realität werden. Seit vergangener Woche wird der Vorschlag von einer klaren Mehrheit der Mitgliedsstaaten formell unterstützt: Bei einem Treffen hinter verschlossenen Türen in Brüssel beschlossen die Staaten – gegen die Stimme Deutschlands – ihre gemeinsame Position für die Verhandlungen mit Parlament und Kommission. Die Große Koalition muss sich nun entscheiden, ob sie vehement Protest einlegt und zudem Druck auf den CDU-Abgeordneten Voss ausübt, den Vorschlag fallen zu lassen – oder sich tot stellt und das europäische Leistungsschutzrecht stillschweigend Gesetz werden lässt.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2018/das-leistungsschutzrecht-ein-zombie-gesetz-aus-deutschland-wird-bald-in-ganz-europa-realitaet/>